

# TECHNIK UND KULTUR

Zeitschrift des Verbandes Deutscher Diplom-Ingenieure



27. JAHRGANG

BERLIN, 30. JULI 1936

Nr. 7, S. 101—116



Ing. Eduard Merlicek, Ministerialrat in Wien:

## Warum Geschichte der Technik?

Der Begriff „Technik“ ist so allgemein, daß er alles umfaßt, was das menschliche Dasein umgibt und begleitet. Keinen Handgriff gibt es im alltäglichen Leben, keinen Schritt, der nicht zu den Errungenschaften der Technik führt, und selbst wenn wir aus unserer Behausung und aus dem Stadtgetriebe hinaustreten in Gottes freie Natur, so sehen wir in allem, was auf dem betretenen Erdboden ruht, die schaffende Arbeit, die ihn umgestaltet hat. Diese schaffende Arbeit ist eben das Leben der Menschheit, seit sie aus ihrem Urzustande herausgetreten ist, und wird es immer sein, solange es Menschen gibt. Und das alles ist Technik.

Aus dieser Allgemeinheit des Begriffes löst sich ein Sonderbegriff im Sprachgebrauche immer erst dann, wenn wir uns zu einem bestimmten Gebiete unseres Schaffens einstellen. Wenn wir daher an dieser Stelle von der Technik sprechen, so meinen wir lediglich jenes Schaffensgebiet, das wir heute etwa mit dem Ausdrücke „Ingenieurtechnik“ umschreiben.

Die Anfänge des Schaffensgebietes, das wir nur mit diesem spätgebildeten Ausdrücke zu kennzeichnen vermögen, reicht nichtsdestoweniger in die weiteste Vergangenheit zurück. Zahlreiche Ausgrabungen geben uns darüber Aufschluß, daß die Vorfahren des Ingenieurs innerhalb der ganzen langen Kulturentwicklung von der Bronzezeit, wenn nicht sogar von der Jungsteinzeit, angefangen, zu suchen sind.

Innerhalb dieser Reihe der Kulturentwicklung treten einzelne Völker schon in das Licht der Geschichte. Es sind dies vor allem die ältesten Schrifterfinder, und dann auch andere Völker, die mit ihnen in Verbindung stehen. Andererseits gibt es wieder eine große Gruppe von Völkern mit hochentwickelter Schrift, die trotzdem für uns geschichtslos geblieben sind, weil wir ihre Schrift nicht deuten können. In Europa sind es besonders die Vorindogermanen der Mittelmeerländer, also die Vorgänger der Griechen und Römer, die uns durch Ausgrabungen der mykenischen, etruskischen und iberischen Kulturepoche wohlbekannt sind, deren Geschichte aber vielleicht für immer unerforschlich bleiben wird.

Ein auffallender Zusammenhang besteht zwischen Schrifterfindung, Schrifttechnik und Technik in unserem Sinne. Die ältesten Schrifterfinder sind bekanntlich die Babylonier und Ägypter. Ihre technischen Werke haben den Ewigkeitswert, den sie bewußt in diese legten; sie sind immerwährende Zeugen einer aufschneidenden Kultur, die in der Geschichte der Menschheit

beispiellos dasteht. In der Blütezeit Aegyptens stand die Technik lange unter dem günstigen Einfluß der „Schreiber“, einem schriftkundigen Stande, der dem Staate als eine Art technischer Wirtschaftsführer diente. Bekannt ist auch, daß die Phönizier Meister im Bergbau, im monumentalsten Steinbau und im Wasserbau waren. Sie gelten aber auch als Gründer und Verbreiter der Buchstabenschrift. Von ihnen ging dieses höchste Kulturgut auf die Griechen, Perser und schließlich auf die Römer über. Auch die erwähnten Völker, deren Schriften wir kennen, aber nicht zu deuten vermögen, die Kreter und Myner, die Etrusker und Iberer, waren hervorragende Techniker. Die erstgenannten haben Werke geschaffen, die von den Griechen kaum überboten wurden, die Etrusker sind die technischen Lehrmeister der Römer geworden, und ebenso die Iberer, die beispielsweise in Valencia den Grund zu einer paradiesischen Wasserkultur gelegt haben, die merkwürdigerweise noch heute besteht.

Das Zusammenwirken von Schrift und Technik ist durchaus kein Zufall. Beide Zweige eines allgemeinen Kulturausdruckes stehen von Urbeginn vereint da; sie entstehen durch die besondere Begabung einzelner Völker, die wir als technische Begabung oder Erfindungsgeist ansprechen. Diese Fähigkeit hat im steten Ringen nach Befriedigung kultureller Bedürfnisse die Schrifttechnik geschaffen und mit ihr zugleich die Technik überhaupt auf eine sprunghafte Höhe gehoben.

Die allgemeine Weltgeschichte bringt uns diese beiden gewaltigen Fortschritte der Kulturentwicklung stets voneinander getrennt, als etwas Fertiges dar. Sie geht ihrem Ursprung und ihren Zusammenhängen nicht nach, kann es in diesem Falle nicht, wie es auch im weiteren Verlaufe der Zeiten nicht ihre Aufgabe sein kann, über die Erscheinungen der Kulturentwicklung stets nach dem Ursprunge zurückzugehen.

Auch die Kulturgeschichte stellt den Kulturaufschwung der Völker zumeist nur als etwas Fertiges, Ganzes dar, oder sie beschreibt uns wohl die mehr oder weniger stetige Reihe solcher Entwicklungsgänge und sucht sie, so gut es geht, mit äußeren Einwirkungen und Einflüssen zu erklären. Die inneren Zusammenhänge zwischen Kultur und Technik werden, bewußt oder unbewußt, übergangen, ja selbst große Ereignisse des Weltgeschehens werden von ihren technischen Grundursachen losgelöst behandelt, und ein scharfer Strich scheidet die „geistige Kul-

tur“ von der Technik, die sozusagen als nebensächliches Produkt in das Gebiet der „materiellen Kultur“ verbannt wird.

Diese allgemeine Zurücksetzung der technischen Arbeit ist zu verstehen, wenn man bedenkt, daß sich der neuzeitliche Kulturmensch allmählich gewöhnt hat, allen technischen Fortschritt, und sei er noch so gewaltig, kurze Zeit nach seinem Erscheinen als etwas Selbstverständliches anzusehen. Man denkt dabei immer nur an die Produktion, bestenfalls auch an die fortschreitende Verbesserung technischer Werke und Einrichtungen in ihren letzten Erscheinungen, niemals aber an die geistige Urheberschaft, an die Fülle geistiger Fähigkeit und an die Unsumme geistiger Arbeit, die der Schöpfer des Werkes besitzen und aufbringen mußte.

Dazu kommt aber noch ein Zweites. Man hat sich angewöhnt, den Begriff der Technik zeitlich auf jene Entwicklungsperiode zu beschränken, die mit der Erfindung der Dampfmaschine beginnt, und da man weiter annimmt, daß sich die sprunghafte Entwicklung der Technik dieser verfloßenen 150 Jahre in der Rationalisierung unserer Zeit auswirkt, ist man geneigt, den gegenwärtigen Elendszustand der Weltwirtschaft der Technik zuzuschreiben. Daß die furchtbaren Erschütterungen der Wirtschaft, bestehend in einem argen Mißverhältnis zwischen Erzeugung und Verbrauch, eine verfehlte Geldwirtschaft und nicht zuletzt die gewaltsame Zerstückelung und Schwächung alter Wirtschaftsgebiete (alles seit dem Weltkriege) den Anstoß zu diesem Elendszustand gegeben haben, wird dabei nur wenig bedacht; die Technik muß die Schuld tragen, selbst für die politische Spannung, die gegenwärtig auf der Welt lastet.

Das Schrifttum dieser Art ist sehr zahlreich und sehr verbreitet. Mancher Verfasser spricht geradezu von einer kulturzerstörenden Wirkung der Technik, aber auch jene, die das technische Werk etwas milder anfassen, stellen es in ihren Betrachtungen abseits von Bildung, Wissenschaft und Forschung womöglich auch abseits der Kunst<sup>1</sup>.

<sup>1</sup> Manfred Schröter: Philosophie der Technik, München und Berlin 1934, (Strukturschema und Kulturaufgabe). Vgl. Technik und Kultur 25 (1934) 156.

Damit ist wohl zur Genüge klargestellt, daß der Begriff der Technik auf die Produktion eingeschränkt, der Schöpfer des technischen Werkes völlig außer acht gelassen wird.

Uns kann natürlich eine derart engherzige Auffassung unseres Schaffensgebietes und eine dementsprechende Einflußnahme auf die öffentliche Meinung nicht gleichgültig sein. Wir müssen aber gerüstet sein, um ihr erfolgreich zu begegnen. Unser Schaffen hat eine mehrtausendjährige Vergangenheit. Dieser Vergangenheit heißt es eifrig und gründlich nachforschen, um die Grundlagen für eine Geschichte der Technik zusammenzutragen. Manches ist in dieser Hinsicht schon geschehen, aber vieles bleibt noch zu tun übrig. Erst eine Darstellung der technischen Arbeit in geschichtlicher Zeitordnung wird uns einen deutlichen Ueberblick über ihre große Vergangenheit eröffnen und erweisen, daß es eine sprunghafte Entwicklung der Technik durch Großtaten mit einer gewaltigen Einwirkung auf Kultur und Wirtschaft schon mehrmals gegeben hat. Es wird aber auch zu erweisen sein, daß technische Großtaten nur aus der Blüte der Kultur hervorgehen können, daß ein Volk erst eine hohe Kulturstufe erreichen muß, um Männer hervorzubringen, die zu solchen Großtaten fähig sind.

In dieser Art soll die Bedeutung des technischen Fortschrittes in das rechte Licht gesetzt werden, um ihm das Ansehen zu geben, das ihm in Wahrheit zukommt.

Wenn die Forschung dieser hehren Aufgabe gerecht wird, dann leistet sie nicht zuletzt auch Erziehungsarbeit; Erziehungsarbeit für den Fachmann, der in der Geschichte stets eine willkommene Lehrmeisterin findet und zu Höchstleistungen angespornt wird, Erziehungsarbeit für öffentliche Unternehmungen und Verwaltungen, die durch den geschichtlichen Vergleich viele wertvolle Richtlinien gewinnen können, Erziehungsarbeit für den Kulturhistoriker, der manche Lücke auszufüllen hat, Erziehungsarbeit für die studierende Jugend, die aus der Geschichte Begeisterung schöpfen wird, ja, Erziehungsarbeit für das ganze Volk, aus dem die neuen großen Männer der Technik hervorgehen sollen.

Dr. Helmut Zorn in Berlin:

## Wirtschaftlichkeit als ständische Aufgabe\*)

Diejenigen, welche im Streben nach Wirtschaftlichkeit etwas sehr Vorübergehendes, ja sogar eine bloße Mode sehen wollten, sehen sich heute außerordentlich enttäuscht. Auch diejenigen, welche in der Gemeinschaftsarbeit romantisch-menschenfreundliche Gestaltung inmitten einer realistisch-naturalistischen Umwelt erblicken, werden fortlaufend enttäuscht werden. Das kann gar nicht anders sein. Denn da bei aller Achtung vor der Bedeutung des persönlichen Erfolg- und Gewinnstrebens in der Wirtschaft dieses weder das Wesen

der Wirtschaft ausmacht noch auch ihr unmittelbarer Steuerhebel sein kann, ist man geradezu gezwungen, das Streben nach einem günstigen Verhältnis von Aufwand und Ertrag — der Aufwand als Einsatz der nationalen Arbeit, des deutschen Bodens und unserer Energien und Arbeitsmittel verstanden und der Ertrag als der unablässlich fließende Strom der Güter und Leistungen begriffen — als die wesensbedingte Steuerung und Selbststeuerung der Wirtschaft anzusehen. Da wir die Volkswirtschaft bejahen, da wir diese Volkswirtschaft ständisch gliedern und ordnen wollen, und da wir auf der anderen Seite eine Zwangswirtschaft nach marxistisch-

\*) Vgl. RKW-Nachrichten 10 (1936) 65—67.

bolschewistischer Art ablehnen, so ergibt sich eine bewußte und gewollte, geforderte und gewährte Gemeinschaftsarbeit zwangsläufig als die für uns einzig mögliche und denkbare Arbeitsform. Daß wir natürlich im Wirtschaftsleben — wie überhaupt im Leben — nicht immer in corpore auftreten können, sondern daß wir vielmehr manches für die Gemeinschaft auch ohne die Gemeinschaft tun müssen, das ist so selbstverständlich, daß nicht immer wieder darauf hingewiesen zu werden brauchte.

Die Anhänger des Gedankens von der Wirtschaftlichkeit als Mode von gestern hatten sich ihre Auffassung wohl im wesentlichen infolge einer allzu engen Begrenzung ihres Blickfeldes gebildet. Sie haben in den Jahren 1925 ff. eine Häufung von Mechanisierungsvorhaben und von effektenkapitalistischen Maßnahmen erlebt, die damals als „Rationalisierung“ bezeichnet wurden. Solche Dinge sind nun als solche nicht schon rationell; sie können es sein oder werden oder auch nicht; das kommt ganz auf die volkswirtschaftliche Umwelt, auf ihre Auswirkungen und auf die Ziele an, welche die Wirtschaftsführung verfolgt. Das RKW hat von jeher eine vielleicht nicht so volkstümliche, aber — das können wir wohl ohne Ueberhebung sagen — umfassendere und gründlichere Auffassung von Wirtschaftlichkeit vertreten. Wobei wir gar nicht zu verschweigen brauchen, daß auch wir aus dem furchtbaren Anschauungsunterricht des wirtschaftlichen Verfalls manches dazugelernt haben. Jedenfalls kamen wir so bei unseren Arbeiten nicht in die Zwangslage, von der „Rationalisierung“, von Fließbändern oder sogar von der Maschine „abrücken“ zu müssen. Eben deswegen nicht, weil diese Dinge nichts dafür können, wenn sie falsch angewandt wurden, und weil diese Dinge an sich ja nicht schon Rationalisierung oder Wirtschaftlichkeit sind, sondern weil es nach wie vor um die richtige Art des Einsatzes von Menschen, Kräften und Sachen geht. Jene richtige Art des Einsatzes, für die mit dem Bekenntnis des deutschen Volkes zu Wirtschaftsführung, Arbeitsführung und Technikführung erst einmal die Voraussetzungen geschaffen worden sind. In diesem Sinne hat Bernhard Köhler, der Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP, kürzlich darauf hingewiesen, daß es irrig ist, von einer zweiten Rationalisierungswelle zu sprechen, weil wir ja „noch gar keine gehabt haben“.

Die Sachlage ist also so: es steht fest, daß das Streben nach Wirtschaftlichkeit keine bloße Mode ist. Mit Recht wird der Wellencharakter der Rationalisierung bestritten. Sicherlich wird es zu bestimmten Zeiten und in bestimmten Zeiträumen eine besonders gehäufte Anwendung bestimmter, die Wirtschaftlichkeit fördernder Mittel geben, aber der wirkliche oder vorgestellte Mechanismus in der Abwechslung spekulierender und rationalisierender Zeitläufe gehört doch wohl der Vergangenheit an. Wir haben doch erkannt, daß ein allzu überschwenglicher Wagemut (auf eigene oder auch auf fremde Kosten) und ein allzu behutsamer, lediglich erfahrungsbetonter Vernunftgebrauch allein und jeder für sich nicht die Grundsätze für unsere Wirtschaftsgestaltung abgeben können. Beides muß wohl vielmehr in einer Art „Mut zur Vernunft“ vereinigt werden, wenn wir zu einer Haltung in der Wirtschaft kommen wollen, die unserer Haltung im Bereich von Politik und Gesellschaft entspricht.

Diese Haltung geht davon aus, daß das Streben nach Wirtschaftlichkeit ein Ausfluß der Wirtschaftspflicht ist. Diese Pflicht wird dann am besten erfüllt, wenn der Träger dieser Pflicht an der Stelle, an der er in

Wirtschaft, Technik und Arbeit steht, mit gegebenen Mitteln dem Gesamtertrag der nationalen Arbeit am besten dient oder wenn er gar neuartige Mittel schafft, gute und neuartige Anweisungen zur Erhöhung des Gesamtertrages gibt. Die Notwendigkeit einer solchen Haltung und damit des Strebens nach Wirtschaftlichkeit wird dabei immer wieder bedingt durch die Enge des deutschen Lebensraumes, durch die böse Erbschaft des Zusammenbruchs 1918 und der folgenden Jahre. So werden wir, die nur in sehr begrenztem Maße von den Schätzen der Vergangenheit zehren können, die in sachlich-stofflicher Hinsicht alles andere als ein Land der unbegrenzten Möglichkeiten zur Heimat haben, und die wir politisch keineswegs über die Hilfskräfte ganzer Imperien verfügen können, zu dieser Haltung geradezu gezwungen. Es mag schon sein, und wir wollen es hoffen, daß sich der Würgegriff dieser materiellen Beengung künftig wieder lockert. Aber im großen und ganzen kann man sehr wohl der Meinung sein, daß, wie ein Deutschland ohne Wehrhaftigkeit kein Deutschland ist oder bleiben kann, so auf dem Gebiete der Wirtschaft für uns kennzeichnend ist und vermutlich auch sein wird, daß wir nicht aus dem Vollen wirtschaften können, sondern daß wir Aufwand und Ertrag recht genau gegeneinander abwägen müssen. Wir werden uns also auf das Streben nach Wirtschaftlichkeit, d.h. also auf den sparsamen Einsatz unserer menschlichen und sachlichen Kräfte, auf eine bewußte Prüfung der Einsatzzwecke nach Rang und Dringlichkeit als Dauererscheinung einrichten müssen. Erkennen wir so die Unabänderlichkeit des Strebens nach Wirtschaftlichkeit an und folgern wir daraus die fortgesetzte Betätigung des Willens zur Wirtschaftlichkeit, so werden wir die Wirtschaftlichkeit als Aufgabe nach Art und Umfang erst in ihrer ganzen Größe richtig würdigen und entsprechende Formen für die Erfüllung dieser Aufgabe finden. Unser Ziel, die Daseinsordnung unseres Volkes durch Wirtschaft, Arbeit und Technik fest zu unterbauen, kann nur dann erreicht werden, wenn wir Menschen, Kräfte und Stoffe mit höchster Wirtschaftlichkeit einsetzen, und wenn wir einen solchen Einsatz als unsere Pflicht ansehen und uns daraus unsere Ehre machen. Sicherlich wird den Betriebsführern und Wirtschaftsführern eine fachkundige und zuverlässige Hilfe bei der Erfüllung der Anforderungen, welche die Volksgemeinschaft an sie stellen muß, erwünscht sein. Aber darüber wollen wir uns doch klar sein: letztlich bleibt die Erfüllung der Wirtschaftspflicht und der Pflicht zur Wirtschaftlichkeit eine persönliche Ehre, die genau wie die Wehrpflicht und das Wehrrecht eine Stellvertretung nicht kennen.

So wird das Streben nach Wirtschaftlichkeit eine ständische Aufgabe. Nicht nur die Betriebsführer, sondern auch die wirtschaftlichen Stände, Gruppen und Kammern, die ihre Mitglieder beraten und betreuen sollen, haben hier ein unerhört weites Betätigungsfeld. Dieses Streben nach Wirtschaftlichkeit sollte von Rechts wegen als eine der ersten Pflichtaufgaben der wirtschaftlichen Organisationen angesehen werden. Damit fordern wir nun etwas, was die fortgeschrittenen Wirtschaftsorganisationen seit längerer oder kürzerer Zeit bereits tun.

Erkennen wir das Streben nach Wirtschaftlichkeit als ständische Aufgabe, so ergeben sich zwangsläufig die Formen, in denen sich dieses Streben auswirken muß.

Diese Formen müssen sich dem allgemeinen, d. h. organischen oder ständischen Wirtschaftsaufbau und dem allgemeinen Ablauf der Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsgestaltung anpassen. Betriebe, wirtschaftliche Organisationen und Wirtschaftsführung in Partei und Staat können und werden sich dabei der bereits bestehenden Einrichtungen bedienen, ohne daß ein anorganischer Einsatz anderer Stellen erforderlich wäre. Wenn wir die Entwicklung in Deutschland zurückverfolgen, so können wir feststellen, daß die Gemeinschaftsarbeit auf dem Gebiete des Strebens nach Wirtschaftlichkeit zunächst in Sonderausschüssen erfolgte, die neben den wirtschaftlichen Organisationen bestanden und zu diesen nur mehr oder minder lose Beziehungen unterhielten. Diese Sachlage hat sich in den letzten Jahren, ganz besonders aber seit dem nationalsozialistischen Umbruch, vollständig gewandelt. Gerade weil das Streben nach Wirtschaftlichkeit keine Geheimwissenschaft und keine Angelegenheit für bloße „Spezialisten“ ist, mußten die Wirtschaftlichkeitsstellen nicht nur mit den Betrieben zusammenarbeiten, sondern auch immer stärker an die wirtschaftlichen Organisationen, d. h. die Gruppen, Kammern und Verbände als die wichtigsten Mitträger der wirtschaftlichen Gestaltungsarbeit heranrücken. Umgekehrt haben sich gleichzeitig die wirtschaftlichen Organisationen immer stärker von der bloßen „Wirtschaftsadvokatur“ zu Mitträgern der wirtschaftlichen Gestaltung entwickelt. Auf diesem Marsche in die ständische Wirtschaft hinein haben sich naturgemäß Betriebe und Organisationen, wenn es sich um Fragen der Wirtschaftlichkeit handelte, des RKW, seiner Ausschüsse und der mit ihm arbeitenden Stellen bedient. Immer mehr ist auf diese Weise die Beschäftigung mit Wirtschaftlichkeitsfragen aus den einzelnen Werkstätten und Abteilungen in die Direktionsbüros der Betriebe und in die Geschäftsstellen der wirtschaftlichen Organisationen vorgedrungen. Auf diese Weise ist stärker, als man das noch vor einigen Jahren für möglich gehalten hätte, der Wunsch weitblickender Männer in Staat und Wirtschaft in Erfüllung gegangen, in Gestalt des RKW eine lebendige Verbindungsstelle zwischen der Wirtschaftsführung einerseits und der wirtschaftlichen Tagespraxis andererseits zu schaffen.

Dieser Weg über den einzelnen Sonderfachmann hinaus bis zur Betriebsführung und bis zu den wirtschaftlichen Organisationen spiegelt sich naturgemäß auch in der Arbeitsweise und in den Arbeitsergebnissen des RKW wider. Hier geht die Linie von der Lösung bloßer Teilaufgaben zur Behandlung umfassender Wirtschaftlichkeitsfragen. Verlustquellen werden nicht mehr hier und dort, wo sie der einzelne Organisator vermutet, aufgesucht, sondern sie werden durch Untersuchung ganzer Wirtschaftszweige folgerichtig erfaßt und beseitigt. Die Betätigung des Strebens nach Wirtschaftlichkeit hat damit zu beginnen, daß man feststellt, was ist. Der beste Weg, zu dieser Feststellung zu gelangen, führt über das betriebliche Rechnungswesen. Ohne daß man die Kosten der einzelnen Wirtschaftszweige und der einzelnen Betriebe kennt, kann man nicht sagen, ob sie zu hoch oder zu niedrig sind. Ohne daß man Aufwände und Erträge zuverlässig ermitteln kann, kann man kein Urteil abgeben, ob das Verhältnis vom Aufwand zum Ertrag günstig oder ungünstig ist. Ohne daß man das Rechnungswesen in den einzelnen Betrieben vereinheitlicht und ordnet, kann man die Aufwände und die Leistungen der einzelnen Betriebe und

deren Abteilungen nicht miteinander vergleichen. Es besteht heute kein Zweifel mehr darüber, daß es neben Wirtschaftszweigen und Betrieben, in denen das Rechnungswesen vorbildlich entwickelt ist, solche gibt, bei denen es durchaus noch im argen liegt. Aus seinen Erfahrungen heraus kann das RKW heute sagen, daß Fehlerationalisierungen und Fehlinvestitionen in erster Linie da anzufassen sind, wo man rationalisiert und organisiert hat, ohne zu rechnen, weil man das nicht konnte, oder weil es einem zu lange dauerte.

Bekanntlich hat das RKW in rund 70 Wirtschaftszweigen, die sich über sämtliche sieben Hauptgruppen der Reichsgruppe Industrie verteilen, seine vergleichenden Betriebsuntersuchungen durchgeführt. Diese Untersuchungen wären nicht möglich gewesen, wenn die Reichsgruppe Industrie, die Wirtschaftszweigen, die Fachgruppen usw. sie nicht in steigendem Maße grundsätzlich und tatkräftig gefördert hätten, so daß sie heute der Ausdruck einer fruchtbaren laufenden Zusammenarbeit zwischen der Reichsgruppe Industrie, insbesondere ihrer Abteilung Marktordnung und Betriebswirtschaft und dem RKW geworden sind. Die bei diesen Betriebsuntersuchungen gesammelten Erfahrungen konnten in den Vorschlägen des RKW für eine grundsätzliche Ordnung des gesamten Rechnungswesens niedergelegt werden. In diesen Vorschlägen werden besonders die engen Zusammenhänge zwischen Buchhaltung, Abrechnung, Kalkulation, Statistik und Planung klargelegt, Zusammenhänge, die für die ganze zeitgemäße Betriebsführung entscheidend sind. Die Beachtung, welche diese Veröffentlichungen über die Ordnung des Rechnungswesens in der Industrie gefunden haben, läßt den Schluß zu, daß die Arbeiten des RKW auf dem Gebiete des Rechnungswesens in nicht allzu ferner Zeit Allgemeingut der Wirtschaft sind, wie heute etwa die Bilanz oder die Gewinn- und Verlustrechnung.

Auf dem Gebiete des Handels werden bekanntlich entspringende Betriebsvergleiche von der Forschungsstelle für den Handel beim RKW durchgeführt. Sie arbeitet im Großhandel mit 22 und im Einzelhandel mit 29 Gruppen und Verbänden zusammen. Da überhaupt das Gebiet des Vertriebs unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit mindestens das gleiche Interesse verdient wie das der Fertigung, und da der berufsmäßige Handel noch nicht das ganze Gebiet des Vertriebes ausmacht, ist neuerdings in enger Verbindung mit den Reichsgruppen Industrie und Handel sowie mit dem Reichsstand des deutschen Handwerks der Reichsausschuß für wirtschaftlichen Vertrieb gebildet worden, der sich eine Erforschung der Zusammenhänge zwischen Vertriebskosten und Vertriebsleistungen zum Ziel gesetzt hat, ein in hohem Maße unbekanntes Gebiet, das auf der Karte der Wirtschaftlichkeit noch oft mit weißer Farbe eingezeichnet ist. Beide Stellen, die Forschungsstelle für den Handel sowohl als auch der Reichsausschuß für wirtschaftlichen Vertrieb wirken zusammen mit dem Statistischen Reichsamte und dem Institut für Konjunkturforschung.

Erst auf diesen und anderen gesicherten Grundlagen lassen sich Entscheidungen darüber treffen, was sein soll. Erst aus solchen Gesamtuntersuchungen lassen sich folgerichtig die Einzelaufgaben auf den Gebieten der Menschenbetreuung, der wirtschaftlichen Fertigung, der wirtschaftlichen Verwaltung, des wirtschaftlichen Vertriebs, der Marktordnung durch Normen und Lieferbedingungen usw. ableiten. Diese Einzelaufgaben gehen selbst-

verständlich nicht nur die Großbetriebe, sondern auch die kleineren und mittleren Betriebe in Industrie, Handwerk und Handel an. Nicht so, als ob sich die an der einen Stelle gewonnenen Erfahrungen auf die anderen Stellen ohne weiteres übertragen ließen, aber das Unterscheidende und auch das Gemeinsame lassen sich am besten durch das ständige Einfließen der bei den ständischen Organisationen gesammelten Erfahrungen in die RKW-Arbeiten herausfinden. Naturgemäß müssen auch die bäuerlichen und häuslichen Betriebe dem Streben nach Wirtschaftlichkeit unterliegen. In erfreulicher Weise werden im Zuge dieser ganzen Entwicklung auch die Arbeiten des Ausschusses für wirtschaftliche Fertigung (AWF) und des Ausschusses für wirtschaftliche Verwaltung (AWV) nicht nur von den einzelnen Betrieben, sondern auch von den wirtschaftlichen Organisationen und der Deutschen Arbeitsfront beachtet und benutzt. Die Auswirkungen der Gemeinschaftsarbeit ergeben sich weiter auf dem Gebiete der Marktordnung durch das Zusammenwirken zwischen Reichswirtschaftsministerium, ständischen Organisationen und RKW auf dem Gebiete der Arbeitstechnik durch die Mitarbeit des RKW beim Arbeitswissenschaftlichen Institut der Deutschen Arbeitsfront und beim Reichsarbeitsdienst. Auf die enge Zusammenarbeit zwischen Reichsausschuß für Lieferbedingungen, den Industrie- und Handelskammern, den Handwerkskammern und den Wirtschafts- und Fachgruppen ist hier bereits des öfteren hingewiesen worden.

Die Entscheidungen darüber, was sein soll, fallen an den verschiedensten Stellen. Sie werden Tag für Tag von den Betriebsführern gefällt. Sie müssen, soweit sie den Rahmen und die Reichweite der einzelnen Betriebe übersteigen, von den wirtschaftlichen Organisationen und ihren Führern gefällt werden. Diese Maßnahmen wirtschaftlicher Gestaltung wachsen hinein in die Wirtschaftspolitik, wie sie von den zuständigen Organen des Staates und der Partei gemacht wird. Sie lassen sich im einzelnen nicht bürokratisch festlegen: man kann beim besten Willen nicht „ganz oben“ bestimmen, wo ein Fließband zuviel oder zuwenig läuft, wo eine reichlich abgeschriebene alte Maschine besser durch eine neue ersetzt wird, wo man, um die Schlagkraft unserer wirtschaftlich-technischen Einrichtungen zu erweitern, mechanisieren soll, oder wo man aus Gründen der Raum- und Volksordnung das Gegenteil tun muß, wo die Mehrverwendung von Maschinen im gegenwärtigen Zeitpunkt

die Arbeitsbeschaffung hemmt oder fördert usw. Einen gemeinsamen Nenner müssen alle solche Entscheidungen freilich haben: sie müssen der Wirtschaftlichkeit dienen, d. h. nicht nur die Lage einzelner Betriebe vorübergehend bessern, sondern auf die Dauer zur Besserung des Verhältnisses der volkswirtschaftlichen Aufwände und Erträge beitragen. Wir brauchen die volkswirtschaftlich gesicherte Kostensenkung, um Preise zu senken oder mindestens gegenüber kostensteigernden Kräften, denen wir zur Zeit nicht ausweichen können, zu halten. Darum hinein mit diesen Entscheidungen in die Betriebe und in die wirtschaftlichen Gruppen! Die Maßnahmen zur Hebung der Wirtschaftlichkeit, die nicht in nennenswertem Umfange Arbeitskräfte freisetzen oder die gar einen Arbeitermangel — auch das gibt es glücklicherweise schon wieder — beheben, können und müssen die Betriebe von sich aus treffen.

Wo die Wirtschaftlichkeit nur durch arbeitsparende Maßnahmen großen Stils gehoben werden kann — und in dieser Linie liegt auf die Dauer der wirtschaftlich-technische Fortschritt —, kommen wir um eine überbetriebliche Rechnung und Planung nicht mehr herum. Eine solche Wirtschaftslenkung gibt es übrigens bereits, wenn auch vielleicht nur in den Anfängen. Es erscheint nicht angebracht, auf eine Regelung des Umfangs und des Zeitpunktes solcher Maßnahmen zu verzichten. Es könnte sonst leicht sein, daß wir wieder auf das Wirksamwerden wirklicher oder vermeintlicher „Kompensationsgesetze“ warten müssen, welche die freigesetzten Arbeiter wieder von der Straße holen. Im Bilde gesprochen: wir wollen und müssen abfahren. Aber das Zeichen „freie Fahrt“ können wir nur immer dann geben, wenn diese Wirtschaftsrechnung nach bestem Können erfolgt und aufgegangen ist. Diese Art der Wirtschaftssteuerung ist der gegenständliche Ausdruck der neuen, nach wirklicher Volkswirtschaft hin ausgerichteten Bedingungen, unter denen sich heute das Ringen um Wirtschaftlichkeit vollzieht. Nur sie kann uns befreien von den Bleiklötzen der Furcht, doch vielleicht wieder Arbeitslosigkeit hervorzurufen, und von der Gefahr, aus diesen Befürchtungen heraus unsere Entschlußkraft gelähmt zu sehen. Solche Aufgaben übersteigen freilich die Möglichkeiten der einzelnen Betriebe. Sie können und sollen auch nicht vom Staate gelöst werden. Wer anders als die ständischen Organisationen könnte sie anpacken?

## Im Spiegel der Zeitschriften

Die Rassenforschung hat im neuen Deutschland neuen Auftrieb und mit Recht erhöhte Bedeutung gewonnen. „Aber keiner kennt sein eigenes Haus, der es nicht irgend einmal auch von außen her betrachtet“ — sagt Dr. Ludwig Ferdinand Clauß in einer Abhandlung „Germanen und Ursemiten“ in der Zeitschrift<sup>1</sup> „Der Naturforscher“ — und die Erkenntnis veranlaßte den Verfasser zu einem Leben „als Beduine unter Be-

duinen“, in der „Welt des ursemitischen Menschen, um die germanische Welt und den germanischen Menschen, der sie gestaltet hat, einmal von dort aus zu sehen“. Aus dem Lebensraum des seßhaften Menschen heraus ist dieser Leistungsmensch, der Beduine ist Glied seiner Naturwelt. Kultur bedeutet ihm etwas ganz anderes. Während der nordische Mensch eine Aufgabe an seiner Welt zu erfüllen hat, die ihm von innen her gestellt ist, die seinem eigenen Wesen entstammt, ist der echte Beduine, ist der Ursemit „ein Wesen, dem das Seine zufällt aus der Hand seines Gottes“. Ihm ist das Erleben kein Strom, ihm bedingt ein Erlebnis nicht das andere, ihm ist das Erlebnis eine aufleuchtende und wieder erlöschende Augenblickssache. So spiegelt sich im Auge des Beduinen

<sup>1</sup> Der Naturforscher, vereint mit Natur und Technik. Bebilderte Monatsschrift für das gesamte Gebiet der Naturwissenschaften und ihre Anwendung in Naturschutz, Unterricht, Wirtschaft und Technik. — Berlin-Lichterfelde: Hugo Bermühler Verlag. — 13. Jahrgang 1936, Heft 4, Juli. — Vierteljährlich 2,50 RM, Einzelheft 1,— RM.

die Welt (stilhaft gemeint, nicht stofflich) anders als im Auge des nordischen Menschen. (An typischen Bildern macht der Verfasser dies sinnfällig.) Germanisches Wesen erklärt sich aus der Verbindung von nordischem und fälischem Rassenstil, und semitisches Wesen aus einer Verbindung von wüstenländischem und nordasiatischem Rassenstil, deren eigentümliche Kennzeichen der Verfasser darlegt, um festzustellen, daß rein wissenschaftlich gesehen eine Rasse so wertvoll wie die andere ist, „denn jede trägt ihre eigene, nur ihr eigene Wertordnung in sich selbst“. Anders aber, wenn vom praktischen Gesichtspunkt zu urteilen ist; dann heißt die Frage: „Welche Rasse ist die wertvollste für uns, nämlich für uns Deutsche?“ Die Antwort: die Rassen, „nach deren Stil der germanische Mensch gefügt ist, nämlich die nordische und die fälische Rasse“.

\*

Die „**Fabrik als Organismus**“ behandelt Dr.-Ing. W. von Schütz in einem Vortrag vor der Deutschen Technokratischen Gesellschaft in Berlin, worüber die Zeitschrift dieser Gesellschaft<sup>2</sup> „**Technokratie**“ berichtet. Der Vortragende stellte fest, daß „zwischen Rationalisierung und Technokratie keine Gegensätze bestehen“, vielmehr deshalb ein klarer Zusammenhang, weil auch die Technokraten das Walten der Gesetze der Vernunft in der Wirtschaft sehen wollen und weil sie die Wirtschaft organisch aufgefaßt sehen wollen. „So kann die Auffassung der Fabrik als Organismus als Beispiel für das Wirtschaftsdenken überhaupt gelten.“ Das Wirtschaften innerhalb des Betriebes zielt darauf ab, die hier zusammenwirkenden 3 Faktoren, Mensch, Materie und Kapital, vollkommen zu harmonisieren. Für die beiden Faktoren menschliche Arbeit und Materie habe das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit die Synthese geschaffen, indem damit der Mensch als Teil der Leistungsgemeinschaft in den Betrieb eingegliedert ist, nicht als „Produktionsfaktor“, wie das Kapitaldenken gelehrt habe. Die „Synthese Materie, Kapital berührt das Problem der Wirtschaftlichkeit des Betriebes an sich“. Aufgabe ist, das Erzeugnis — das die Existenzgrundlage des Betriebes gibt — so wirtschaftlich als möglich herzustellen, weshalb ein Schritthalten mit dem technischen Fortschritt und eine genaue Abrechnung als Kontrolle der Wirtschaftlichkeit notwendig wird. Die „Synthese Kapital, Geld und Mensch berührt das Problem des Leistungslohnes“. Der Leistungslohn ist an Leistungsmessung gebunden; deshalb müsse die Arbeitsvorbereitung sich als Treuhänderin des gesamten Betriebes betrachten und ihre Verfahren so einrichten, daß sie das Vertrauen der Gefolgschaft ebenso hat wie das Vertrauen der Betriebsführung. Die Rationalisierung einer gesamten Fabrik bedeute keine Erhöhung der Arbeitslosigkeit, da durch Preissenkung eine Umsatzsteigerung eintrete. Allerdings: notwendig sei eine sorgfältige Marktanalyse als Voraussetzung der Rationalisierung. Mit der organischen Betriebsgestaltung stehe die Abrechnung in einem engen Zusammenhang. Schwierigkeiten in der Abrechnung deuten meisten darauf hin, daß im organischen Betriebsablauf etwas nicht in Ordnung und eine Umstellung nötig sei.

\*

Ein erheblicher Teil der werktätigen Deutschen ist in höchstem Maße an der Gestaltung der **Sozialversicherung** interessiert; richtunggebend ist das Gesetz über den Auf-

bau der Sozialversicherung vom 5. Juli 1934, zu dem inzwischen eine Reihe von Verordnungen ergangen ist. Ueber die „Entwicklungstendenzen in der Sozialversicherung“ berichtete ausführlich die Zeitschrift<sup>3</sup> „**Soziale Zukunft**“. Zunächst sind jetzt die Arbeiterrentenversicherung und die Arbeiterkrankenkassen für Gemeinschaftsarbeiten fest zusammengeschlossen, während eine analoge Regelung bei den Angestellten, nämlich zwischen der Reichsversicherungsanstalt und den Angestelltenersatzkassen noch bevorsteht. Die weitere Entwicklung zeichne sich aber ab: neben den Block „Pflichtkrankenkassen — Arbeiterersatzkassen — Invalidenversicherung“ werde wohl für die Angestellten der Block „Angestelltenersatzkassen — Reichsversicherungsanstalt für Angestellte“ treten. Damit könne die Folgerung gezogen werden, daß künftig die Angestelltenersatzkassen die Grundlage für eine allgemeine Krankenversicherung der Angestellten abgeben werden. Das entspreche der Entwicklung eines Angestelltenrechts. Diese Trennung in eine „Arbeiter“- und eine „Angestellten“-Gruppe bedeutet naturgemäß keine irgendwelche Wertung, sondern entspreche der Erkenntnis, daß die Angestellten innerhalb der Gesamtheit der Schaffenden eine eigengeartete Gruppe darstellen; ferner sei der Grundsatz anzuerkennen, daß diejenige Sozialversicherung die beste sei, die auf die beruflichen und ständischen Eigenarten ihrer Versicherten Rücksichten nehme. Freilich: diese Grundsätze stoßen andererseits auch auf Ablehnung im Hinblick darauf, daß zwar die Gliederung in Arbeiter, Angestellte und Unternehmer im täglichen Arbeitsleben noch üblich sei; sich aber mehr und mehr als ein Restbestandteil verflössener Zeit überlebe und von dem Gemeinschaftsgedanken der Schaffenden abgelöst werde; aus dieser Neuordnung heraus habe die Angestelltenschaft kein Recht zu einer Sonderstellung. Demgegenüber müsse aber doch hier eine Sonderheit der Angestellten festgestellt werden, die eine Berücksichtigung erfordere, so sind die von der Sozialversicherung zu erfassenden Gefahren hier andere, eben beruflich bedingt, wie bei den „Arbeitern“. Und „die Angestelltenschaft ist die Berufsgruppe, über die der Aufstieg und der Abstieg von einer sozialen Schicht zur anderen erfolgt“. Aus der beruflichen Eigenart der Angestellten aber ergebe sich bei der Rentenversicherung notwendigerweise ein anderer Invaliditätsbegriff, und dieser Begriff ist auch von der Angestelltenversicherung anders gefaßt wie im Invalidenversicherungsgesetz. Aber auch das Versicherungsbedürfnis gegen Krankheit sei bei den Angestellten besonders geartet. Der längere Gehaltsanspruch bei Krankheit verringere das Bedürfnis nach Barleistungen zugunsten der Sachleistungen.

\*

Die Frage der **Rationalisierung** tritt wieder jetzt stärker in den Vordergrund; so verbreitet sich P. Irlacher, Berlin, in der Zeitschrift<sup>4</sup> „**Deutsche Presse**“ eingehend über das sehr aktuelle Thema „Der Schriftleiter und die Rationalisierung“. Der Verfasser stellt fest, daß die (nationalsozialistische, echte) Rationalisierung das ganze

<sup>3</sup> **Soziale Zukunft**. Monatsschrift für Sozialpolitik. — Berlin NW 7: Verlag für Wirtschaft und Verwaltung. — Halbjährlich 2,— RM, jährlich 4,— RM, Einzelnummer 0,40 RM. — 8. Jahrgang, Nr. 3, S. 40—44.

<sup>4</sup> **Deutsche Presse**. Zeitschrift des Reichsverbandes der Deutschen Presse. — Berlin: Frz. Eher Nachf. G.m.b.H. — Erscheint wöchentlich, monatlich 1,75 RM, Einzelheft 0,60 RM. — 26. Jahrg., Nr. 26/1936, S. 308—310.

<sup>2</sup> **Technokratie**. — Berlin W 57: Verlag Georg Siemens. — Heft 1/1936.

Volk und deshalb jeden Schriftleiter, namentlich die Wirtschaftsschriftleiter angehe. Die Schriftleiter müßten sich in den Dienst der Aufklärungsarbeit stellen, die notwendig sei, weil noch lange nicht in allen Betrieben Klarheit über die echte Rationalisierung herrsche. Lange genug sei ja in der Vergangenheit eingehämmert worden, daß der Betrieb durch Unkostensenkung wirtschaftlicher gestaltet werde, und die bequemste Möglichkeit, die Kosten zu verringern, sei eben der Abbau von Arbeitern und Angestellten gewesen. Für viele sei es noch ein unerhörter Gedanke, daß man die Rationalisierung der Betriebe auf dem Wege über Leistungssteigerung und vermehrten Einsatz von Arbeitskräften in Angriff nehmen müsse. Und

Pg. Köhler bezeichne deshalb auch die von ihm ins Leben gerufene Rationalisierungsbewegung als „zweite Arbeitsschlacht“. Um den Erfolg zu sichern, müßten im Wirtschaftsteil der Tageszeitungen und in den mit der Wirtschaft in Beziehung stehenden Fachblättern immer wieder die Notwendigkeit der Rationalisierung und die Leitgedanken nationalsozialistischer Wirtschaftlichkeitsförderung betont bzw. den Betriebsführern nahegebracht werden.

Der Verfasser gibt schließlich Hinweise, wie diese Fragen in der Presse behandelt werden sollten, welche Gesichtspunkte bei den Veröffentlichungen besonders herauszustellen sind usw.

Lynkeus:

## Rundblick

In England tritt neuerdings das soziale Problem der Berufsaussichten der Jugendlichen stark in den Vordergrund des öffentlichen Interesses. Auf einer kürzlich stattgefundenen Tagung der an der Frage besonders beteiligten Kreise wurde — wie der „Nachrichtendienst für ausländisches Sozial- und Wirtschaftsrecht“ berichtete — u. a. ausgeführt, daß in zahlreichen Berufen Lehrlinge überhaupt nicht mehr ausgebildet würden, weil sie in diesem Berufe später nicht unterkommen könnten. Von den in der Maschinenindustrie beschäftigten 26 500 Jugendlichen hätten nur 12 300 irgendwie eine Berufsausbildung erhalten. In der Möbelindustrie, die 14 000 Jugendliche beschäftigt, seien nur 1250 in ihrem Beruf ausgebildet worden. In diesen Industrien würden die Jugendlichen nicht mehr für einen bestimmten Beruf vorgebildet, sondern hätten nur Maschinen zu überwatchen. Wenn sie dann 18 Jahre alt geworden seien und Anspruch auf einen höheren Lohn hätten, kündige man ihnen und ersetze sie durch jüngere Arbeiter. So komme es, daß heute Jugendliche (beiderlei Geschlechts) in einem Alter von 18 bis 20 Jahren schon als zu alt für die Industriearbeit betrachtet würden. In den Handelsbetrieben, die besonders viel Jugendliche beschäftigten, seien diese schon mit 18 oder 20 Jahren zur Arbeitslosigkeit verurteilt. In welcher Form diese hier entstandenen Fragen gelöst werden sollen, ist noch nicht klar zu erkennen.

\*

Bekanntlich hat die neue französische Regierung als eine der ersten Maßnahmen die 40-Stunden-Woche beschlossen. Die Frage der allgemeinen Kürzung der Arbeitszeit ist Gegenstand auch zwischenstaatlicher Erörterung seit etwa der Beendigung des Krieges gewesen. Auch neuerdings hat die „Internationale Arbeitskonferenz“ sich mit diesem Problem beschäftigt, ohne daß aber positive Ergebnisse gezeitigt wurden. Der derzeitige Stand des Problems in verschiedenen Ländern ist folgender:

**Italien:** Auf Grund einer Mitte 1935 getroffenen Vereinbarung für alle gewerblichen Arbeiter beträgt allgemein die Arbeitszeit 40 Stunden in der Woche, nur für Arbeiter, die bei ununterbrochener Arbeit beschäftigt sind, gilt die 42-Stunden-Woche.

**Tschechoslowakei:** Es schweben Verhandlungen zur gesetzlichen Einführung der 40-Stunden-Woche; in zahlreichen Betrieben ist teils die 40-, teils die 42-Stunden-Woche durch betriebliche Vereinbarungen eingeführt. Bei den vom Staate unternommenen oder von ihm ge-

förderten Arbeiten wird ebenfalls 40 Stunden in der Woche gearbeitet.

**England:** Das Arbeitsministerium führt zur Zeit Verhandlungen mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern verschiedener Gewerbebezüge über die Arbeitszeitfrage; vorerst ist man noch mit der Prüfung der Frage beschäftigt.

**U. S. A.:** Die vom Präsidenten seinerzeit erlassenen Wettbewerbsordnungen hatten eine wöchentliche Arbeitszeit von durchschnittlich 40 Stunden vorgeschrieben. Als diese Wettbewerbsordnungen dann vom Obersten Gerichtshof im vorigen Jahr für verfassungswidrig erklärt wurden, haben zahlreiche Betriebe unter sich vereinbart, die Arbeitsbedingungen der Wettbewerbsordnungen beizubehalten. Eine vom Bundesgewerbeamt durchgeführte Erhebung soll gezeigt haben, daß die Aufhebung der Wettbewerbsordnungen weder in größerem Umfang zu einer Kürzung der Löhne noch zu einer Verlängerung der Arbeitszeit und der Entlassung von Arbeitern geführt hat.

\*

Im Jahre 1940 werden 500 Jahre verflossen sein, seitdem von Mainz aus die Erfindung Gutenbergs ihren Siegeszug durch die Welt angetreten hat. Begreiflich, daß — im Hinblick auf die kulturelle Bedeutung dieser Erfindung — jetzt schon mit Vorbereitungen begonnen wird, um dieses Fest würdig zu begehen. Man hört von großen Plänen, die von den Jüngern der „Schwarzen Kunst“ erwogen werden, von denen die Absicht, das bekannte Gutenberg-Museum zu einem „Deutschen Museum für Druck und Literatur“ auszugestalten, zweifellos allgemein begrüßt werden wird.

Wir hören aber weiter von Plänen, die doch wohl erst noch ernster Erwägung unterworfen werden sollten; so von der Errichtung einer „Hochschule für künstlerischen Buchdruck“, und diese Hochschule möchte man mit dem Recht ausgestattet sehen, einen Diplom-Titel und Doktorgrad für Typographie zu verleihen! Solche Bestrebungen, die natürlich völlig den wissenschaftlichen Charakter solcher Grade verkennen, sind im Kreise der Typographie gar nicht neu. So lesen wir bereits im „Archiv für Buchgewerbe und Gebrauchsgraphik“ vom Jahre 1927 (Heft 2) folgende interessante Ausführungen zu diesem Thema:

„... Man möchte dem befähigten Buchdrucker einen Titel verschaffen, der dem Diplom-Landwirt, Diplom-

Ingenieur und dem Diplom-Kaufmann gleichkommt. ... Es fragt sich aber weiter, ob die Schaffung eines „Diplom-Buchdruckers“ für das Gewerbe und für den betreffenden Fachmann selbst Nutzen hat. Ich möchte dies verneinen. Einmal wird der Titel „Diplom-Buchdrucker“ in den wenigsten Fällen die Anerkennung finden, die man erwartet; denn selbst über den Titel Diplom-Kaufmann und Diplom-Ingenieur geht man schnell zur Tagesordnung über, während ein Dr.-Ing., Dr. phil. oder Dr. jur. eher Beachtung finden...“

Gerne wollen wir anerkennen, daß das Buchdruckgewerbe — übrigens wie jedes Handwerk mehr oder weniger, wobei es immer auf den Menschen selbst ankommt — in die Kunst hineinreicht, und daß der künstlerische Buchdruck eine besonders künstlerische Leistung darstellt. Deshalb würde eine solche geplante Anstalt auch eine Parallele zu den Kunstschulen, gegebenenfalls zu den „Akademien“ darstellen können, nicht aber zu den wissenschaftlichen Hochschulen, die bislang allein mit dem Promotionsrecht ausgestattet sind.

Erstaunt darf man aber sein, daß jetzt, nach fast zehn Jahren, wieder der „Diplom-Buchdrucker“, bzw. „Doktor-Typograph“ ausgegraben wird, noch dazu, nachdem doch im Dritten Reich der alte, schöne Titel „Meister“ wieder zu Ehren gebracht wurde!

\*

In allen Ländern der Welt wird gegen die Arbeitslosigkeit gekämpft; mit welchem Erfolge, das zeigt der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes Harold Butler in seinem letzten Bericht an die Internationale Arbeitskonferenz. Dem „Nachrichtendienst für ausländisches Sozial- und Wirtschaftsrecht“ (Berlin, 15. Juni 1936) seien folgende Darlegungen aus diesem Bericht entnommen. Gute soziale Verhältnisse seien nicht ohne eine günstige Wirtschaftslage möglich, diese aber wiederum könnten nicht von Dauer sein, wenn sie sich nicht auf eine hohe Lebenshaltung der breiten Volksmassen stützt. Daher müsse die Wirtschafts- und Finanzpolitik an einer klaren, sozialen Zielsetzung ausgerichtet sein. Diese Erkenntnis sei vielleicht die wichtigste Folgerung, die aus den Erfahrungen der Krisenjahre überall gezogen wird. „Unter welchen Gesichtspunkten immer die soziale Lage gewürdigt wird, jedenfalls bildet die Arbeitslosigkeit die vordringlichste Frage, und das wird aller Wahrscheinlichkeit nach auch so bleiben.“ Die Arbeitslosigkeit ist in der ganzen Welt um rund 15 vH. zurückgegangen. Dabei sind diejenigen Länder zugrunde gelegt worden, für die es einigermaßen zuverlässige Zahlen gibt, während weite Gebiete, wie etwa China und Indien, überhaupt noch nicht berücksichtigt sind.

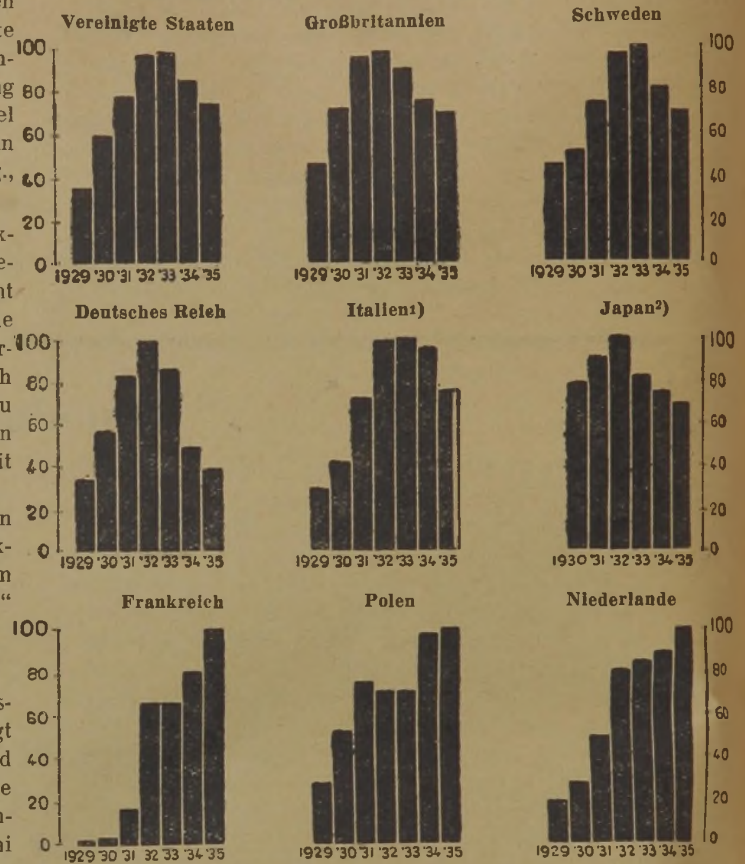
Setzt man das Jahr der höchsten Arbeitslosigkeit gleich 100, so hat die Arbeitslosigkeit in einer Reihe von Ländern in der Zeit von 1929 bis 1935 die in nebenstehender Darstellung aufgezeichnete Entwicklung genommen.

Selbstverständlich sind die Angaben in den Schaubildern nicht untereinander vergleichbar, da die Arbeitslosenstatistik in den einzelnen Ländern auf ganz verschiedener Grundlage beruht. Sie lassen aber erkennen, wie sich der Stand der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Ländern bis Ende 1935 verändert hat.

Die wichtigsten Ereignisse des letzten Jahres auf dem Gebiete der Arbeitslosenfürsorge sind die Einführung der Arbeitslosenversicherung in Kanada und in den Vereinigten Staaten von Amerika. Noch vor wenigen Jahren galten alle Maßnahmen dieser Art in beiden Staaten als

### Meßziffern der Arbeitslosigkeit

(Das Jahr mit der höchsten Arbeitslosigkeit = 100)



1) Für 1935, Durchschnitt der ersten neun Monate.

2) Für 1935, Durchschnitt der ersten elf Monate.

überflüssig, schädlich und undurchführbar. Die Wirtschaftskrise hat aber die Notwendigkeit einer das ganze Land umfassenden Versicherung gezeigt.

H. Butler weist ferner darauf hin, daß noch vor wenigen Jahren die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch öffentliche Arbeiten als eine wirtschaftliche Fehlleistung und als praktisch völlig wertlos verspottet wurde. Diese theoretischen Bedenken werden nunmehr von einer ganzen Reihe moderner Wirtschaftskenner nachdrücklich bekämpft. Am überzeugendsten aber haben die Tatsachen selbst gewirkt. Planmäßige öffentliche Arbeiten haben nicht nur wirklich zur Verminderung der Arbeitslosigkeit beigetragen, sondern auch Dienste und Werke von großem, dauerhaftem Wert für die Gemeinschaft geschaffen. So sind in den Vereinigten Staaten nahezu 4,9 Milliarden Dollar bereitgestellt worden, mit denen 3,5 Millionen Arbeitslose bei wertschaffender Arbeit beschäftigt werden konnten. Im Deutschen Reich hat die Politik der Wiederbelebung der Wirtschaft zu dem — wie H. Butler feststellt — unbestreitbaren Ergebnis geführt, daß die Arbeitslosigkeit von 6 013 000 im Januar 1932 auf 2 520 000 im Januar 1936 gesunken ist. „Darin liegt zweifellos die beste Rechtfertigung der zur Neuordnung der Industrie angewandten Verfahren.“ Inzwischen ist nach dem letzten Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung die Arbeitslosigkeit unter 1,5 Millionen in Deutschland gesunken.

Die Lehren aus der gegenwärtigen Krise lassen genügend klar erkennen, daß eine bessere Neuordnung der



Industrie, eine größere Freiheit des Güteraustausches und eine vernünftigeren Steuerung und Verteilung des Geldes die Voraussetzung für die Ueberwindung der Arbeitslosigkeit bilden. Einige Staaten haben auf diesem Gebiet schon Beachtliches geleistet. Einzelstaatliche Maßnahmen genügen aber heute nicht mehr zur Lösung dieser sozialwirtschaftlichen Fragen. Vielmehr müssen sie durch zwischenstaatliche Maßnahmen ergänzt und zusammengefaßt werden. Die umsichtigste Wirtschaft, die größte Voraussicht können, auf den einzelstaatlichen Rahmen beschränkt, in einer Welt, in der international noch keinerlei Ordnung herrscht, nicht alle Früchte tragen. Der internationalen Unordnung gegenüber bleibt die Ordnung im einzelnen Staate machtlos. Jeder Versuch, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, muß notwendigerweise über die einzelstaatlichen Grenzen hinausgehen. So führen nach der Auffassung des Internationalen Arbeitsamtes alle Wege zu der eigentlichen Frage unseres Jahrhunderts, wie eine internationale Wirtschaft verwirklicht werden kann, die der unvermeidbaren wechselseitigen Bedingtheit der Staaten entspricht.

\*

Im NS-Lehrerbund ist die „Reichsfachschaft Berufs- und Fachschulen“ mit Vorarbeiten für den Ausbau des Berufsschulwesens der Kleinstadt beauftragt; zugleich sollen damit Grundlagen für ein kommendes Berufsschulgesetz geschaffen werden. Ueber diese Vorarbeiten berichtete die Zeitschrift „Deutsche Berufserziehung“ u. a., daß das Ziel sein müsse eine „vielgliederte, alle gewerblichen Lehrlinge umfassende Berufsschule“ und weiterhin das „Haus der Arbeit“ mit Lehrwerkstätten. Dieses Haus müsse nicht allein der Berufsschule, sondern auch der Fortbildung bzw. zusätzlichen Berufsschulung und sonstigen Ausbildungsmöglichkeiten, wie z. B. auch Gehilfen- und Meisterkursen dienen.

Hinsichtlich der Berufsschulung in kleinen Orten sei beachtlich, daß die Reichsberufswettkämpfe ergeben haben, daß Nichtberufsschüler aus kleinen Orten den Arbeitskameraden unterlegen waren, die eine Berufsschule besuchen. Es müßten deshalb einerseits die Orte zu Bezirken so zusammengefaßt werden, daß höchstens ein Anfahrtsweg von 1½ Stunden dem Schüler zugemutet wird; andererseits müßten die von Volksschullehrern nebenamtlich geführten Berufsschulen in eine benachbarte Schule mit hauptamtlichen Berufsschullehrern eingegliedert werden.

\*

Zum Schutze der Arbeitskraft hat der Reichsjustizminister eine Verfügung erlassen, die eine engere Zusammenarbeit der Gerichte mit dem Treuhänder der Arbeit insbesondere hinsichtlich des § 22 des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit bezweckt.

§ 22 des GOA lautet: „Wer schriftlichen allgemeinen Anordnungen des Treuhänders der Arbeit, die dieser in Erfüllung der ihm obliegenden Aufgaben erläßt, wiederholt vorsätzlich zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bestraft; in besonders schweren Fällen kann an die Stelle der Geldstrafe oder neben sie Gefängnisstrafe treten. Die Strafverfolgung tritt nur auf Antrag des Treuhänders der Arbeit ein. Die Verfolgung der mit öffentlicher Strafe bedrohten Handlung als Verletzung der sozialen Ehre wird durch die Verurteilung zu öffentlicher Strafe nicht ausgeschlossen.“

Als solche „allgemeinen Anordnungen“ kommen insbesondere die vom Treuhänder der Arbeit erlassenen

Tarifordnungen in Betracht. In der Praxis hat sich ergeben, daß Strafanträge des Treuhänders wegen sehr langer Verfahrensdauer bei den Gerichten ihre Wirkung verloren, und daß auf Strafen erkannt wurde, deren geringe Höhe im Mißverhältnis zur Verfehlung stand.

\*

Die Frage der „älteren Angestellten“, die hier wiederholt im Hinblick auf die älteren Ingenieure behandelt wurde, ist ständig im Flusse. Mehr und mehr setzt sich die Meinung durch, daß dieses Problem nicht durch die bisherigen Versuche der Aufklärung und der Appellierung an die Unternehmen gelöst werden kann. In der Zeitschrift des Sozialamtes der DAF berichtete Dr. Grams über die bisherigen Vorschläge zur Lösung der Frage und kommt zu dem Schlusse, daß die Notlage der älteren Angestellten derartige Formen angenommen habe, daß entscheidende Maßnahmen getroffen werden müßten. Als wirksame Abhilfe erachtet er die, wenn auch gelockerte, Beschäftigungsverpflichtung. Da es sich in erster Linie um die Not der 40- bis 60jährigen handele, so wäre die gesetzliche Verpflichtung der Beschäftigung auf diese Altersklassen zu beschränken derart, daß Arbeitgeber, die mindestens fünf versicherungspflichtige Angestellte beschäftigen, etwa elf bis zwölf vH. der Arbeitsplätze mit Angestellten über 40 Jahren zu besetzen hätten.

Ob durch eine solche gesetzliche Maßnahme im Ingenieurberuf der vorzeitige „Berufstod“ verhindert würde, bleibt eine offene Frage. Hier liegt eine der Berufsaufgaben, die so lange nicht gelöst werden kann, bis der Beruf selbst eine Regelung erfahren hat, so daß er in die Lage versetzt ist, völlige Klarheit über die soziale Lage der Berufsträger zu schaffen, den Altersaufbau festzustellen usw.

\*

Ueber die Bestrebungen der Volkswirte, ihren Ausbildungsgang dem der Juristen anzugleichen, insbesondere durch die Einführung einer praktischen Ausbildung nach dem wissenschaftlichen Studium (analog der Referendarzeit), wurde hier früher berichtet. Zur Förderung dieses Strebens hat jetzt die Reichsgruppe Wirtschaftsrechtler des NS-Rechtswahrerbundes die Errichtung eines Stipendienfonds beschlossen, aus dem besonders befähigten jungen Volkswirten während der Ausbildungszeit Unterstützungen gewährt werden sollen, wenn die Gehaltszahlung nicht zur Bestreitung des Lebensunterhaltes ausreichen sollte.

## Reichstreffen der Diplomlandwirte

Ueber das vom Reichsbund Deutscher Diplomlandwirte (eingegliedert in der Reichshauptabteilung I des Reichsnährstandes) in der Reichsbauernstadt Goslar veranstaltete<sup>1</sup> Reichstreffen berichtete<sup>2</sup> der „Völkische Beobachter“ u. a.:

„Neben den in stattlicher Anzahl erschienenen Berufsangehörigen nehmen Gäste aus Staat und Partei und den Organisationen und Körperschaften, die mit dem Reichsbund der Diplomlandwirte in arbeitsmäßiger Verbindung stehen, an diesem Reichstreffen teil. So sind vertreten: das Reichsamt für Agrarpolitik der NSDAP, das Reichsernährungsministerium, der Reichs-

<sup>1</sup> Technik und Kultur 27 (1936) 98.

<sup>2</sup> 187, Ausgabe vom 5. Juli 1936.

nährstand, zahlreiche Landesbauernführer und Landesobleute, der Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften, der Verband Deutscher Diplomingenieure, die SS-Führerschule Braunschweig, das SS-Hauptamt, das Rasse- und Siedlungsamt der SS, der Reichsarbeitsdienst, der NS-Lehrerbund und weitere Vereinigungen sowie Vertreter von Kommunalbehörden.“

Auf ein Telegramm an den Führer und Kanzler des Deutschen Reiches traf folgendes Telegramm in Goslar ein:

„Den in der Reichsbauernstadt Goslar versammelten deutschen Diplomlandwirten danke ich für ihre Grüße, die ich mit besten Wünschen für ihre Arbeit herzlichst erwidere. Gez. Adolf Hitler.“

## Vom Arbeitsraum der Diplom-Ingenieure

### 1. Halbjahr 1936

#### I.

Die günstige Entwicklung des allgemeinen Arbeitseinsatzes, über die hier<sup>1</sup> berichtet wurde, hat weiterhin angehalten; aus den wirtschaftlichen Berichten ist ferner eine steigende Beschäftigung der deutschen Industrie festzustellen. Auf den Arbeitsraum der Diplom-Ingenieure wirkten diese Umstände naturgemäß in der Richtung verstärkten Mangels an freien Kräften. Vielfach wird von Unternehmen, die Diplom-Ingenieure suchen, geklagt, daß keine oder nur wenige Bewerbungen eingehen, die nicht ausreichen, um die notwendige Auswahl treffen zu können.

Auf der anderen Seite besteht nach wie vor die Tatsache, daß die älteren Berufsträger nur sehr schwer wieder in eine angemessene Stellung kommen können. Wir haben über das Problem des älteren Ingenieurs hier<sup>2</sup> wiederholt ausführlich gesprochen. Es ist eine Tatsache, daß einmal ein immer fühlbarer werdender Mangel an Ingenieuren besteht, und zum anderen, daß eine recht beträchtliche Anzahl von stellenlosen, in der Hauptsache älteren Ingenieuren vorhanden ist. Von seiten der Wirtschaft werden Maßnahmen gefordert, um den die Zukunft der technisch-industriellen Entwicklung bedrohenden Mangel an technischen Berufsträgern so schnell als nur möglich zu beheben, und es wird mit dem Hinweis auf den geringen Erfolg von Stellenausschreibungen behauptet, daß die bekanntgegebenen Zahlen über stellenlose Ingenieure nicht stimmen könnten.

Fest stehen folgende Tatsachen:

1. es gibt in der Tat rd. 4000 Ingenieure unter 50 Jahren und rd. 2000 Ingenieure im Alter von 50 bis 60 Jahren, die stellenlos sind;
2. es ist eine Nachfrage nach Ingenieuren vorhanden, die etwa derjenigen<sup>3</sup> des Jahres 1928 gleichkommt;
3. eine Stellenlosigkeit der jungen Ingenieure ist vollständig beseitigt;
4. ausschreibende Unternehmen erhalten nur eine geringe Anzahl von Angeboten.

Aus alledem ergibt sich jedenfalls, daß im technischen Berufskreis etwas nicht in Ordnung ist: es fehlt die einwandfreie Klarheit über die tatsächliche Struktur des Berufes und seine soziale Lage. Und alle einzelnen Klagen, alle einzelnen Widersprüche können auf diesen gemeinsamen Nenner zurückgeführt werden.

Auf die Gefahr hin, daß man uns vorwirft, wir würden uns immer wieder wiederholen: solange der technische Berufskreis nicht eine Regelung erfahren hat, wie sie anderen Berufskreisen zugebilligt wurde und wird, solange werden solche Widersprüche an der Tagesordnung sein, solange wird keine Klarheit geschaffen werden können über den notwendigen Bedarf an Nachwuchs.

Hier liegt die Grundursache. Solange diese nicht allgemein erkannt und beseitigt ist, solange sind alle Maßnahmen Stückwerk, und niemand kann mit Sicherheit sagen, daß die eine oder andere Maßnahme nicht erst recht das Gegenteil letzten Endes erzielt von dem was bezweckt wird. Was ohne Lösung des Grundproblems versucht wird — es ist mit dem Kurieren eines schlechten Arztes zu vergleichen, der an den Symptomen herumdoktert und die Wurzel der Krankheit nicht erkennt.

Die Industrie hat schon immer einen starken Einfluß auf die Heranbildung der technischen Berufsträger ausgeübt; und erst jüngst<sup>4</sup> wurde in verschiedenen Veröffentlichungen klargelegt, welches die Bedürfnisse der Wirtschaft sind, die von den Ausbildungsstätten befriedigt werden müßten. Die Industrie sieht dabei immer nur eine Seite, das Problem des Nachwuchses hat aber deren mehr, sowohl in Hinsicht der „Qualität“ wie auch der „Quantität“; das Problem des Nachwuchses ist schlechthin das Berufsproblem selbst.

Und es kommt dem Kurieren an den Symptomen der Krankheit gleich, wenn einseitig aus der derzeitigen Arbeitsraumlage heraus gewisse Maßnahmen gefordert werden, ohne daß das Problem als solches der Lösung entgegengeführt wird. Wir sind die letzten, die der Industrie das Recht absprechen, sich um die Heranbildung hochqualifizierter Kräfte zu kümmern und dazu ihre Forderungen anzumelden. Wir sind vielmehr der Meinung, daß die Industrie, als der Gemeinschaft dienende Wirtschaftsgruppe, die Pflicht hat, sich um diese Dinge zu kümmern; denn von der Leistungsfähigkeit der Ingenieure hängt ihre Leistung und damit das Maß der Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber Volk und Staat zu einem ausschlaggebenden Teile ab.

Aber: es muß endlich einmal erkannt werden, daß die die Industrie zuerst interessierenden Einzelfragen gar keine befriedigende Lösung ohne die Lösung der Grundfrage finden können. Wir haben hier<sup>5</sup> kürzlich zu zeigen versucht, daß es im wohlverstandenen Interesse der Industrie, die ihre Stellung und ihre Aufgaben im neuen Staate klar erkennt, liegt, daß der technischen Berufskreis eine grundsätzliche Regelung erfährt.

<sup>1</sup> Technik und Kultur 27 (1936) 76—77.

<sup>2</sup> Technik und Kultur 27 (1936) 51—54.

<sup>3</sup> Technik und Kultur 27 (1936) 22, 1. Schaubild.

<sup>4</sup> Technische Erziehung 11 (1936) 25—27; 37—38. — Vgl. auch Technik und Kultur 27 (1936) 66—69.

<sup>5</sup> Technik und Kultur 27 (1936) 43—48; 56—62.

## II.

Wenn ausschreibende Unternehmen, wie festgestellt wurde, nur eine ungenügende Anzahl von Angeboten erhalten, von denen zudem die meisten oft gar nicht den ausgeschriebenen Bedingungen entsprechen, so liegt das bestimmt nicht allein an dem Mangel an Ingenieuren, sondern an diesen Umständen sind zum Teil auch die ausschreibenden Unternehmen bzw. Stellen selbst schuld. Man durchforsche nur einmal die Stellenanzeigen der Tages- und der Fachpresse!

Wir nehmen eine beliebige Nummer der<sup>6</sup> „Rundschau Technischer Arbeit“ und stellen fest, daß die Stellenanzeigen nur in den wenigsten Fällen klar erkennen lassen, welche Ansprüche an die Vor- und Ausbildung der gesuchten Kräfte gestellt werden. Verhältnismäßig gering sind die Anzeigen, in denen eindeutig ein Diplom-Ingenieur verlangt wird. Zahlreicher sind schon jene, die „Ingenieur oder Diplom-Ingenieur“ verlangen, am zahlreichsten aber sind diejenigen Anzeigen, in denen überhaupt nichts gesagt wird, die sich mit dem unbestimmten Begriff „Ingenieur“, „Betriebsingenieur“, „Betriebsassistent“, „Offertingenieur“, „Patentingenieur“, „Statiker“, „Projektingenieur“, „Verkaufsingenieur“, „Materialprüfingenieur“ usw. usw. begnügen. Daneben findet man Anzeigen mit „Techniker oder Ingenieur“, also zwei Begriffen, von denen der eine den anderen umschließen kann und die beide unbestimmt sind. Ferner oft die Angabe „mit abgeschlossener Vorbildung“ oder „hervorragender“ oder „erstklassiger Ausbildung“ oder „wissenschaftlich durchgebildet“ u. ä. m.

Nun kennen wir natürlich die Einstellung, nach der es der Industrie gleichgültig sei, welche Vorbildung der technische Berufsträger habe, da lediglich die Leistung in der Praxis entscheide. Wenn also ein „Ingenieur“ verlangt werde, so komme es doch nur darauf an, ob er die in der Anzeige angegebenen Eigenschaften und die verlangte Spezialpraxis habe, nicht aber darauf, ob er eine Hochschule oder eine Fachschule absolviert habe oder schließlich „Autodidakt“ sei. Abgesehen davon, daß dies vielfach zweckhafte Theorie ist und die Praxis etwas anders aussieht, kommt es bei dem in Rede stehenden Zusammenhang ja darauf an, wie der stellensuchende Berufsträger auf die Anzeige reagiert. Ein Diplom-Ingenieur wird in erster Linie jene Anzeigen beachten, die eindeutig einen solchen verlangen bzw. unmißverständlich zum Ausdruck bringen, daß der Bewerber eine abgeschlossene Hochschulbildung nachweisen muß. Erst in zweiter Linie wird er Anzeigen beachten, die ein „entweder-oder“ enthalten, und in den wenigsten Fällen reagiert er auf unbestimmte Bezeichnungen.

Man projiziere einmal das im technischen Berufe angewendete Verfahren auf andere Berufe: wenn ein Unternehmen für sein Rechtsbüro einen Juristen braucht, so sagt man das eindeutig, denn man weiß offenbar, daß sich kein Jurist mit abgeschlossener Vorbildung (es gibt keine<sup>7</sup> nichtakade-

mischen „Juristen“) meldet, wenn die Anzeige von einem „Rechtskundigen mit praktischer Erfahrung im Kartellwesen“ sprechen würde. Und wenn gar gesagt würde „Jurist oder Rechtskundiger“ (ob schon wir noch niemals eine solche Zusammenstellung gefunden haben), so würde sich wahrscheinlich auch kein Jurist daraufhin bewerben aus Gründen, die man nicht näher erklären braucht.

Neben solchen Unklarheiten in den Anzeigen bzw. Stellenausschreibungen tritt aber noch ein Umstand auf, der besonders erschwerend sich auswirkt: die anonyme Anzeige („Zifferanzeige“). Wir haben schon oft auf diesen Mißstand hingewiesen und eine gewisse „Gesetzmäßigkeit“ in dem zahlenmäßigen Verhältnis<sup>8</sup> der „offenen“ (mit Angabe der ausschreibenden Firma oder Behörde) zu den „Zifferanzeigen“ aufgezeigt. Danach steht die Zahl der „Zifferanzeigen“ in einem umgekehrten Verhältnis zu den „offenen“ Anzeigen, d. h. je stärker die Nachfrage nach Arbeitskräften ist, um so mehr nimmt der Anteil der „Zifferanzeigen“ an der Gesamtzahl der Anzeigen ab. Eine Durchforschung der in der Fach- und Tagespresse im ersten Halbjahr 1936 erschienenen Anzeigen, die für stellensuchende Diplom-Ingenieure in Frage kamen, ergibt:

Monat/1936	Verhältnis der „Zifferanzeigen“ zu „offenen“ Anzeigen
Januar . . . . .	245 : 100
Februar . . . . .	181 : 100
März . . . . .	180 : 100
April . . . . .	152 : 100
Mai . . . . .	135 : 100
Juni . . . . .	128 : 100

Durchschnitt 1. Halbjahr 166 : 100

Beispielsweise betrug in der Zeit des wirtschaftlichen Tiefstandes 1932 die Zahl der „Zifferanzeigen“ 600 vH. der „offenen“ Anzeigen!

Es zeigt sich also, daß die Zahl der „Zifferanzeigen“ noch immer mehr als das 1½fache der „offenen“ Anzeigen beträgt. Nun muß man im Hinblick auf die Gesamtlage des Arbeitseinsatzes beachten, daß für die Bewerbung nicht nur Stellenlose, sondern meist sogar (mit Berücksichtigung der in der Anzeige geforderten Eigenschaften) Kräfte in Frage kommen, die sich „verändern“ wollen. Wer aber in noch ungekündigter Stellung ist, scheut die Bewerbung auf eine „Zifferanzeige“; Gründe im einzelnen brauchen dafür nicht angeführt zu werden.

Wir verkennen nicht, daß es Gründe gibt, die die Anwendung solcher anonymen Anzeigen rechtfertigen können. Aber die zutreffenden Fälle sind sehr begrenzt, und bestimmt ist die größere Anzahl der „Zifferanzeigen“ nicht gerechtfertigt. Daß neuerding auch Behörden diesen Weg beschreiten, sei nur am Rande vermerkt.

Es scheint uns als Tatsache festzustehen, daß so manche Klage über den mangelnden Erfolg der Stellenausschreibung verstummen würde, wenn die „Zifferanzeigen“ verschwänden, zum mindesten aber ihre Anwendung auf jene wenigen Fälle beschränkt würde, in denen sie gerechtfertigt erscheinen.

<sup>6</sup> RTA Nr. 26 vom 24. Juni 1936.

<sup>7</sup> Vgl. die „Justiz-Ausbildungsordnung“, Reichsgesetzblatt I, 1934, 727—736. — Technik und Kultur 25 (1934) 149—150.

<sup>8</sup> Technik und Kultur 27 (1936) 23, 3. Schaubild.

Der beklagte Mindererfolg der „Zifferanzeigen“ hat aber noch eine weitere Ursache, die ganz allein zu Lasten der ausschreibenden Unternehmen geht: die nachlässige, man kann schon sagen „bagatellmäßige“ Behandlung der Bewerbungen, die anscheinend nicht auszurotten ist. Es ist ja nicht das erstemal, daß wir diesen Mißstand hier kennzeichnen. Früher, in den Zeiten der großen Arbeitslosigkeit, wurde — gewissermaßen entschuldigend, obschon es auch da keine Entschuldigungen geben sollte — eingewendet, daß es einem Unternehmen bei der übergroßen Zahl der einlaufenden Bewerbungen unmöglich sei, in kürzerer Zeit diese durchzuarbeiten und überhaupt die Unterlagen wieder zurückzusenden. Da aber auch heute, wo über den zu geringen Erfolg der Anzeigen geklagt wird, immer wieder festgestellt werden muß, daß auf Bewerbungen überhaupt keine Antwort erfolgt und die Unterlagen erst auf Mahnung zurückgegeben werden, darf zuverlässig auf andere Gründe für solches Tun geschlossen werden. Aber: man kann es keinem Bewerber übelnehmen, wenn er nach einigen solchen Erfahrungen den „Zifferanzeigen“ mißtrauisch gegenübersteht und es sich wohl überlegt, seine Unterlagen, die für ihn auch einen nicht zu vernachlässigenden materiellen Wert haben, diesem Risiko auszusetzen, abgesehen davon, daß er nicht weiß, welchen Händen er seine persönlichen Angaben anvertraut.

Zusammengefaßt: so manche Klagen auf beiden Seiten des Arbeitsverhältnisses würden behoben, wenn die Anzeigen über freie Stellen in voller Klarheit sagen würden, wer eine Arbeitskraft sucht und welche Anforderungen an die Arbeitskraft gestellt werden.

Allerdings, bei vielen Ausschreibungen muß man, wenn man die dargelegten Anforderungen an die Bewerber aufmerksam liest, der Meinung sein, daß der Verfasser der Anzeige selbst sich nicht völlig klar ist darüber, welche Anforderun-

gen praktisch überhaupt gestellt werden können. Wenn man liest, daß ein Unternehmen einen Diplom-Ingenieur sucht, der in einem Sondergebiet mehrjährige Werkstattpraxis und mehrjährige Konstruktionspraxis haben soll und dazu nicht über 26 Jahre alt sein darf, so kann man füglich behaupten, daß eine solche Anzeige keinen Erfolg haben kann.

### III.

Aus dem Verlauf des Arbeitseinsatzes im ersten Vierteljahr 1936 war der Schluß gezogen, daß<sup>9</sup> „die nächste Zeit eine besondere Veränderung auf dem Gebiete des Arbeitsraumes nicht bringen wird“. So hat sich auch im zweiten Vierteljahr 1936 gegenüber dem ersten Vierteljahr wenig geändert; die Gesamtzahl der angebotenen Arbeitsmöglichkeiten ist um ein geringes zurückgegangen, was aber seine Ursache in der Versteifung des Arbeitseinsatzes hat und nicht in etwa einer Verschlechterung der Arbeitsraumlage. Aus demselben Grunde kann mit einem weiteren Rückgang der Stellenangebote gerechnet werden. Da gleichzeitig die Zahl der möglichen Bewerber stärker zurückgegangen ist und weiterhin zurückgehen wird, versteift sich die Lage immer mehr. Es muß aber betont werden, daß damit noch nicht gesagt ist, daß sich die soziale Gesamtlage des Berufsstandes fühlbar gebessert hat oder bessern wird.

Im einzelnen waren die Monatsdurchschnitte der angebotenen freien Stellen jeweils im ersten Halbjahr:

1932	1933	1934	1935	1936
68	132	342	498	511

Im ersten Halbjahr 1936 stellt sich damit der Monatsdurchschnitt auf den Gesamtdurchschnitt des Jahres 1935 (512).

Dipl.-Ing. K. F. Steinmetz.

<sup>9</sup> Technik und Kultur 27 (1936) 54.

## Olympische Spiele und Technik

### Fernmeldeanlagen

Für die kommenden Olympischen Spiele in Berlin ist die Fernmeldetechnik in einem Umfang herangezogen wie wohl nie zuvor, um die zahlreichen, oft kilometerweit voneinander entfernten Stellen zu gemeinsamem Einsatz zu bringen, den Betrieb der Spiele zu erleichtern, die vielen Zuschauer zu betreuen, die Berichterstattung zu beschleunigen und die bei einer solchen Riesenorganisation selbstverständliche Verwaltungsarbeit zweckmäßig zu erledigen. Die starke Verwendung von Fernmeldeanlagen auf dem Reichssportfeld erwies sich zu einem erheblichen Teil auch deshalb als wirtschaftlich vorteilhaft, weil die meisten Anlagen und Bauten usw. Dauereinrichtungen sind, die nach den Spielen der Mittelpunkt des deutschen Sports sein werden.

Unter den Fernmeldeanlagen<sup>1</sup> sind in erster Linie die Fernsprecheinrichtungen zu erwähnen. Ihre

Planung erfolgte unter dem Gesichtspunkt, daß alle bei der Organisation und Durchführung der Spiele mitwirkenden Stellen schnellstens in Verbindung treten können. Die größte Fernsprechanlage ist die im Hause des deutschen Sports untergebrachte Wählerzentrale, an die etwa 500 Teilnehmer angeschlossen sind. Diese Anschlüsse befinden sich zunächst im Hause des deutschen Sports selbst, in dem der Reichssportführer und seine Dienststellen ihren ständigen Sitz haben. Etwa 30 dieser Fernsprechanchlüsse sind mit Sekretärstationen ausgestattet. Weitere Anschlüsse befinden sich u. a. in den einzelnen Kampfstätten, an den Plätzen der Kampfrichter, in der Polizeiunterkunft, in der ärztlichen Zentrale, auf dem sogenannten Wirtschaftshof sowie auf den verschiedenen Türmen. Sie sind durch Erdkabel an die Zentrale herangeführt. Zur Verbindung mit dem Fernsprechamt dienen 30 Amtsleitungen, ferner sind 9 Querverbindungen vorhanden, die zum Olympischen Dorf, zum zuständigen Ministerium und zu sonstigen,

<sup>1</sup> Von Siemens & Halske erstellt.

außerhalb des Geländes liegenden Verwaltungsstellen führen. Die an diese Zentrale im Hause des deutschen Sports angeschlossenen Teilnehmer stellen die Verbindungen durch Betätigten ihrer Wählscheiben her, auch Amtsleitungen erhalten sie durch Wählen einer Kennziffer. Lediglich die vom Amt kommenden Gespräche werden zunächst an zwei Vermittlungstischen abgefragt und von hier an die gewünschten Nebenstellen weitergeleitet. Die Vermittlungstische sind neuester Ausführung und vor allem von dem Gesichtspunkt aus gebaut, daß zum Weiterleiten des Gespräches nur wenige Handgriffe genügen.

Außer dieser großen, sich über das gesamte Reichssportfeld erstreckenden Anlage haben die einzelnen Kampfstätten usw. noch besondere Fernsprecheinrichtungen erhalten, um bei den Spielen schnellste Verständigung zu ermöglichen. In der großen Kampfbahn ist eine Hebellinienwähleranlage eingerichtet, deren als wasserdichte Steckdosen ausgebildete Anschlußstellen sich im inneren Umgang des Spielfeldes befinden. An die Steckdosen werden tragbare Apparate angeschlossen. Diese Anlage dient hauptsächlich zur Verständigung bei den Lautsprecherübertragungen zwischen der Verstärkerzentrale und den Anschlußstellen für Mikrophone und Lautsprecher. Im Schwimmstadion, auf dem Maifeld mit dem Glockenturm und dem Reitturnierplatz dienen handbediente Fernspreckschränke dem gleichen Zweck. Hauptsächlich werden tragbare Fernsprecher in Ledertaschen verwendet. Handbediente Vermittlungen werden deshalb benutzt, weil die Bedienung in den Verbindungen eingeschaltet bleiben soll.

Eine besonders umfangreiche Ausstattung mit Fernsprechanlagen erwies sich in der Dietrich-Eckardt-Freilichtbühne als notwendig. Sie erhielt zwei Hebellinienwähleranlagen für die Leitung der Lautsprecherübertragungen, und zwar sind hier Apparate mit Lichtzeichen benutzt. Eine weitere, mit lautsprechenden Telefonen ausgerüstete Anlage verbindet den Regieraum mit den drei Beleuchtertürmen. Lautsprechende Telefone wurden deshalb auf den Tribünen verwendet, damit das Personal die Hände für die Bedienung der Scheinwerfer usw. frei hat. Die Lautstärke ist natürlich nur so groß, daß sie die Vorführung nicht stört.

Eine sehr umfangreiche Fernsprechanlage wurde für die Zwecke der Rundfunkübertragung eingerichtet, um eine Verständigung zwischen den Anschlußstellen für die Mikrophone, dem Regieraum und den Sendern zu ermöglichen. Sie besteht aus einer handbedienten Zentrale mit vier Arbeitsplätzen, an der über 300 Sprechstellen innerhalb und außerhalb des Kampfgeländes liegen. Sie verfügt über zahlreiche direkte Leitungen zu den Sendern, dem Fernamt, dem Funkhaus usw. Zu dieser Anlage gehören ferner vier sogenannte Dolmetscherschränke mit je 30 Anschlüssen, die dann in die Leitungen eingeschaltet werden, wenn Uebersetzung der Gespräche nötig ist. Ferner sind für die Zwecke der Rundfunkübertragungen eine Wählerzentrale mit 50 Anschlüssen und zwei Vorschaltsschränke vorgesehen.

Eigene Fernsprechnetze haben auf dem Reichssportfeld ferner die Polizei, die 30 Sprechstellen in ihren verschiedenen Wachen benötigt, sowie das Rettungsdienstamt, dem neben dem Aertzhaus 7 über das ganze Gelände verteilte Rettungsstellen zur Verfügung stehen. Diese Fernsprechanlagen haben auch eigene Amtsleitungen sowie Querverbindungen. An kleineren, aber darum

nicht weniger wichtigen Fernsprechanlagen sind noch die für die Verbindung der einzelnen Transformatorstationen dienenden zu nennen, sowie die für den Bühnenbetrieb im Hause des deutschen Sports bestimmten.

Neben dem Fernsprecher ist auch die Fernschreibmaschine in großem Umfang herangezogen worden, um den reibungslosen Ablauf der Veranstaltungen sicherzustellen. Für den internen Verkehr auf dem Gelände selbst sind eine Anzahl Fernschreibmaschinen im Regieraum und im Vervielfältigungsraum vorgesehen, wo die Berichte für die Presse vervielfältigt werden. Fernschreibverbindungen bestehen auch vom Reichssportfeld zum Organisationsausschuß der Olympischen Spiele in der Hardenbergstraße, nach Grünau zur Stätte der Ruderwettbewerbe, zur Deutschlandhalle, zum Olympischen Dorf und zu den Schießständen in Wannsee. Ferner wird ein Fernschreib-Verteilungsnetz eingerichtet, das es Zeitungen, Hotels usw. ermöglichen wird, die Berichte vom Reichssportfeld unmittelbar zu empfangen.

Um überall genau übereinstimmende Uhrzeit zu haben, wurde eine ausgedehnte elektrische Uhrenanlage errichtet. Sie umfaßt etwa 150 Uhren, die von einer in der Fernsprechzentrale untergebrachten Hauptuhr gesteuert werden. In eine Reihe der Uhren, insbesondere in den Unterrichtsräumen im Hause des deutschen Sports, sind Schnarren eingebaut, die das erste Viertel jeder Stunde („akademisches Viertel“) ankündigen. In diesem Zusammenhang ist ferner die große Stoppuhr zu nennen, die an einem Turm des Marathontores angebracht ist. Sie springt in Zehntelsekunden und wird über die in der Kampfbahn eingelassenen Anschlußstellen mittels Druckknopf betätigt und stillgesetzt.

Zu den Fernmeldeanlagen gehören endlich noch Lichtzeicheneinrichtungen für die Regie der Festspiele auf dem Maifeld, für die Dietrich-Eckardt-Freilichtbühne und für den Bühnenbetrieb im Haus des deutschen Sports. Sie dienen hauptsächlich dazu, den Mitwirkenden das Zeichen zum Auftritt zu geben.

Im Pressepostamt ist eine Anlage mit Leuchtwchselzahlen eingebaut, mit der die Anmelder von Ferngesprächen zu den Zellen gerufen werden, in denen ihre Verbindung bereitsteht. SH.

## Kolonien und Rohstoffe

Die Frage der Rohstoffe und Kolonien findet auch in der internationalen Erörterung wirtschaftlicher Probleme eine immer stärkere Beachtung. Ein Beweis für diese Tatsache ist u. a., daß der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, H. B. Butler, in seinem Bericht an die soeben beendete Internationale Arbeitskonferenz sehr eingehend auf die Rohstoff- und Kolonienfrage zu sprechen kommt. Die Internationale Arbeitskonferenz hat sich schon 1919 mit dieser Frage befaßt, als die unzureichende Verteilung der Rohstoffe als eine der Ursachen der Arbeitslosigkeit genannt wurde. Ein fühlbarer Rohstoffmangel ist jedoch in manchen Ländern erst seit der Wirtschaftskrise eingetreten. Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes teilt nicht die heute vielfach vertretene Auffassung, daß manche Länder die zur Fortführung ihrer Industrien erforderlichen Rohstoffe nicht erhalten können, weil sie keine Kolonien haben. Er weist darauf hin, daß nur Gummi, Zinn, Salpeter und Pflanzenöle hauptsächlich von Kolonien geliefert würden. Die wichtigsten Rohstoffe, wie Baumwolle, Wolle, Seide,

Kohle, Petroleum, Eisen, Holz, Zement, Gold, Silber, Nickel und Mangan kämen dagegen nicht in erster Linie aus den Kolonien, sondern aus selbständigen und sich selbst verwaltenden Staaten. Das Rohstoffmonopol einzelner Staatengruppen sei heute nicht selten durch tatkräftige Erfinder gegenstandslos gemacht. Kunstseide und Kunstdünger hätten den Wert der Stoffe, an deren Stelle sie getreten seien, schon beträchtlich vermindert. Schon heute würden Wolle, Gummi, Oele künstlich hergestellt, wenn sie auch noch nicht den Markt beherrschten. Infolgedessen seien Staaten, die von dem Verkauf einzelner Einfuhrerzeugnisse lebten, heute mehr denn je geneigt, diese Waren dem Verbraucher möglichst günstig anzubieten, damit diese sich keinen neuen Ersatzstoff suchen.

Den eigentlichen Grund der Schwierigkeiten der Rohstoffbeschaffung sieht der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes vielmehr darin, daß nicht alle Länder zu gleichen Bedingungen auf dem Weltmarkt Rohstoffe einkaufen können. Länder mit entwerteter Währung können nicht in höherwertigen Währungen Geschäfte abschließen. Solange die Industriestaaten ihre Waren ungehindert im Ausland absetzen könnten, hätten sie auch die Möglichkeit, die erforderlichen Rohstoffe einzukaufen. Anders sei die Lage in dem Augenblick, in dem ihnen die Auslandsmärkte versperrt würden und sie sich nicht mehr die erforderlichen Devisen beschaffen könnten. Infolgedessen wäre die Währungs- und Handelspolitik zunächst daraufhin zu überprüfen, inwieweit sie die Rohstoffbeschaffung erschwert, ehe man tatsächlich die Frage der Rohstoffversorgung lösen könne.

Daher sei die Frage der Rohstoffversorgung unlösbar mit dem ganzen Fragenkomplex der Handelserschwerungen und Handelshindernisse verbunden. Die Tatsache, daß die Erörterung der Rohstofffrage sehr oft von falschen Voraussetzungen ausgeht, ist für den Direktor des Internationalen Arbeitsamtes ein Grund mehr, die Frage der Rohstoffversorgung grundlegend zu überprüfen. ND.

## Von unseren Hochschulen

**TH Berlin:** Die „Gesellschaft von Freunden der Technischen Hochschule Berlin zu Charlottenburg e. V.“ legt ihre jährliche Druckschrift vor, die über das Geschäftsjahr 1935, die Feier des 30. Januar 1936 und über Forschungen berichtet.

Von besonderem Interesse ist die Wiedergabe der Ansprache des Rektors der TH Berlin, Professor Dr. A. von Arnim, auf der Feier des 30. Januar 1936 (dies academicus) sowie die Festrede dieser Feier, die der Führer der Studentenschaft Herbert Scola mit dem Thema hielt: „Jungakademikertum im alten und neuen Reich“.

Von den Forschungsberichten (Forschungsarbeiten an der TH mit Unterstützung durch die Gesellschaft der Freunde) dürften allgemeines Interesse beanspruchen: Prof. Dr.-Ing. R. Durrer: „Untersuchungen über das Verhalten von Stahl gegenüber Wasserstoff“; Prof. Dr.-Ing. E. Kirst: „Untersuchungen über den Schutz von Grubenholz gegen Brandgefahr“; Prof. Dr.-Ing. W. Hoff: „Untersuchungen beim Schleppen eines Segelflugzeuges“; Dr.-Ing. Zobel (Versuchsfeld Prof. Dr.-Ing. A. Hilpert): „Untersuchungen verschiedener Düsenformen für den Autogenschnitt“.

## Literatur

### Neue Bücher:

**Wolf, Professor Gustav:** Wohnung und Haus des Mittelstandes. Grundsätzliches zur Planung ihrer Grundrisse, Einzelteile und Gesamterscheinung. — Berlin und Leipzig: Walter de Gruyter & Co. 1936. — 144 Seiten, 100 Abbildungen im Text, 16 Bildtafeln, Leinen 1,62 RM. — Sammlung Götschen Bd. 1100.

Dem Baubeflissenen und künftigen Bauherrn wird hier in einem kleinen übersichtlichen Leitfaden nicht eine Sammlung fertiger Vorbilder, sondern eine entwickelnde und begründende Schilderung vom organischen Entstehen mittelständischer Wohnhäuser als Gesamtheit aus der jeweiligen Lebensform und aus sinngemäßen Einzelheiten gegeben. Die grundsätzlich verschiedenen Formen, in denen die mittelständische Wohnung als Geschoß eines Miethauses oder als kleines Haus, in kleinerer oder größerer Raumzahl auftritt, der Zusammenhang von Haus und Garten, die Bedeutung von Treppe, Flur, Fenster, Tür und Schornstein — diese Dinge werden hier besprochen. Erst am Schlusse zeigt eine Zusammenstellung eigentlicher Vorbilder, wie aus der rechten Bemühung um das einzelne zuletzt ein klares, einheitliches Ganzes herauswächst.

Im Gegensatz zum Kleinhaus, wo alles auf das Nötigste zu beschränken ist, aber auch zur lockenden Großaufgabe, wo mit einer gewissen Freiheit gearbeitet werden kann, spielt das besinnliche Abwägen aller Abmessungen und Verhältnisse gerade für den mittelständischen Bau eine besondere Rolle. Die Betrachtung über die eigentliche Gestaltung ist deshalb verschmolzen mit einer Erörterung über „das Maßbewußtsein“. S.

**Schneck, Professor Adolf G.:** Innenausbau, Ausstattung, Möbeltypen. Die Wände, Decken, Fußböden in ihrer verschiedenartigen Ausbildung, Teppiche, Vorhänge und das Möbel in seiner vielseitigen Gestaltung und Verwendung als Schrank, Tisch, Bett, Stuhl und Sofa. — Berlin und Leipzig: Walter de Gruyter & Co. 1936. — 124 Seiten, rd. 110 Abbildungen im Text, Leinen 1,62 RM. — Sammlung Götschen Bd. 1101.

Das Bändchen hält trotz des bescheidenen Raumes vermöge der straffen Darstellung, was sein Titel verspricht. Es gibt dem Architekten, namentlich dem, der Architekt werden will, sowie all denen, die sich mit dem Bau der Wohnung befassen — das sind eine ganze Reihe handwerklicher Berufe — in aller Kürze einen umfassenden Ueberblick. Der Anfänger lernt alle Arbeiten kennen, die zum Innenausbau und zur Ausstattung gehören, die verschiedenartigsten Behandlungen der Wände, Decken und Fußböden, wie sie sich aus den einfachen grundlegenden Konstruktionen ergeben und wie daraus Wirtschaftlichkeit und gute Gestaltung erfolgt. Gründlich wird all das behandelt, was der junge Architekt selbst zu gestalten hat, und darüber hinaus wird er auf das hingewiesen, was er unbedingt wissen muß und was er bei den Ausführungen zu berücksichtigen hat.

Das Bändchen hat auch den Vorzug, daß alle aufgeworfenen Fragen aus der Praxis kommen und mit den dort gemachten Erfahrungen beantwortet werden. Die Grenzgebiete sind nur so weit behandelt, als sie für den Innenausbau unentbehrlich sind. Es sind aber alle Ausführungen genannt, soweit sie für den Innenausbau in Frage kommen. Die vielen Werke über die Kon-

struktionen im Hausbau sind nach wie vor für das weitere Studium gleich wertvoll.

Neben dem Innenausbau und der Ausstattung der Wohnung wird der Möbelbau ebenso eingehend wie gründlich behandelt. Der junge Architekt lernt die Grundlagen kennen, die für ihn als selbständigen und freischaffenden Künstler wichtig sind. Für seine Entwicklung ist diese Grundlage wichtiger als alle die vielen Formen, von denen er nur das Äußere kennt, ohne sie in ihrer Konstruktion und ihrem Aufbau zu verstehen.

**Minder, Professor Erich:** Wände und Decken. I. Wände. — Berlin und Leipzig: Walter de Gruyter & Co. 1936. — 144 Seiten, 30 Abbildungstafeln, Leinen 1,62 RM. — Sammlung Göschen Bd. 1103.

Der Verfasser will Grundlegendes über Wände und Decken sagen. In den letzten dreißig Jahren brachte die Bautechnik immer neue Baustoffe und Konstruktionen auf den Markt, und eine ungeheure Reklame stempelte jeden dieser Stoffe als den besten. Die Folge davon waren große Verwirrung, Fehlgreifen bei der Auswahl von Baustoffen und Konstruktionen und dadurch wieder Mißerfolge in reicher Zahl und allseitiges Mißtrauen.

In den Bauschulen — Hoch- wie Fachschulen — wiederum wurde oft zuviel Wert gelegt auf die Form auf Kosten der Erkenntnis von Werkstoff und seiner Gestaltung. Das gesunde Gefühl für das Handwerkliche wurde, sehr zum Nachteil von Baukunst und Kultur, durch die sogenannte moderne Sachlichkeit ersetzt.

Heute sind diese Fehler erkannt, und von vielen Seiten bemüht man sich um einen Neuaufbau der Baukultur.

An dieser Arbeit hilft das Bändchen mit. Ausgehend vom Wesen und dem Zweck der Wände und Decken wird eine klare Erkenntnis unserer hauptsächlichsten Baustoffe vermittelt und dann gezeigt, wie diese Baustoffe handwerksgerecht zusammengefügt werden müssen. Dabei werden zunächst unsere guten alten Handwerksmethoden erklärt und an ihnen dann die technischen Fortbildungen entwickelt. Jedem Baustoff und seiner Konstruktion eignet eine entsprechende künstlerische Auswertung. Auch darüber war also Grundlegendes zu sagen. Alles in allem wurde weniger versucht, alle Konstruktionen umfassend zu geben als vielmehr überall das „Warum“ zu beantworten. Sch.

**Rothe, Dr. Rudolf,** o. Professor a. d. TH Berlin: Höhere Mathematik für Mathematiker, Physiker und Ingenieure. Teil IV: Übungsaufgaben mit Lösungen/Formelsammlung. Unter Mitwirkung von Stud.-Rat Oskar Degosang, Assistent a. d. TH Berlin. 3. Heft: Integralrechnung. — Leipzig und Berlin. B. G. Teubner 1936. — 49 Seiten, 24 Abbildungen im Text, kart. 2,— RM. — Bd. 35. Teubners Mathematische Leitfäden.

Das vorliegende Heft enthält sorgsam ausgesuchte Übungsaufgaben zu den § 32 bis 42 des Hauptbuches des Verfassers, über das seiner Zeit hier (1934, S. 15 und 35) berichtet wurde; es leistet nicht nur dem Studierenden vortreffliche Dienste, auch der in der Praxis stehende Ingenieur kann Nutzen aus der Aufgabensammlung ziehen. Sz.

**Hensle, Robert:** Kunsthandwerkliche Metallarbeiten. Ausführliche, praktisch erprobte Anleitung zur Erlernung der kunsthandwerklichen Arbeits-

verfahren in allen Arten des Treibens und Aufziehens, im Ziselieren, Sägen, Aetzen, in der Oberflächenbehandlung u. dgl. Mit einem Anhang: Entwürfe für Übungs- und Prüfungsstücke. Zeichnungen, Abwicklung und Arbeitsbeschreibung u. a. von Fachlehrer E. Behr, Aue, E. Maas, Berlin, Schmidt, Hamburg, Lenz, Frankfurt/M. — Berlin-Südende: Verlag Fritz Klett 1936. — 96 Seiten, 128 Skizzen, 23 Lichtbilder, kart. 3,80 RM.

Das Buch ist für den Selbstunterricht aus der Praxis heraus geschrieben und enthält auch für den Ingenieur so manche Anregung. Des weiteren dürfte diese Neuerscheinung das kunsthandwerkliche Schaffen in breiteren Schichten der Metall verarbeitenden Berufe fördern. — g.

**Berufsbilder** für Facharbeiterberufe in der Industrie. Erarbeitet und herausgegeben vom Deutschen Ausschuss für Technisches Schulwesen E. V. Leipzig und Berlin: B. G. Teubner. 1936. — Din A 5, 56 Seiten, kart. 0,95 RM. (Best.-Nr. 10760.)

Mit diesen Berufsbildern will der Herausgeber allgemeine Richtlinien für eine einheitliche industrielle Facharbeiterausbildung schaffen. Die Ausbildung der Lehrlinge in anerkannten Lehrberufen muß eine so breite Grundlage erhalten, daß später der Facharbeiter in stande ist, sich ohne lange Nachlehre in Sonderberufe einzuarbeiten.

In den Berufsbildern wird Klarheit über die Lehrberufe geschaffen. Sie sind nicht nur eine Aufstellung industrieller, teils handwerklicher Lehrberufe, sondern legen als Inhalt der einzelnen Berufe die „notwendigen“ und die „erwünschten“ Fertigkeiten fest.

Die Berufsbilder sind brauchbares Hilfsmittel für die Berufsberatung und unentbehrlich für alle Ingenieure, die mit der Facharbeiterausbildung betraut sind. Zu empfehlen sind sie auch dem Betriebsingenieur, dem sie Hinweise geben über den richtigen Arbeitseinsatz.

K. S. v. Sch.

**Sombart, Werner:** Der proletarische Sozialismus („Marxismus“). Darstellung und Kritik. Durchgesehener und durch Zusätze erweiterter Abdruck aus dem Buche „Deutscher Sozialismus“, 14.—16. Tausend. — Berlin-Charlottenburg: Buchholz & Weißwange Verlagsbuchhandlung G.m.b.H. 1935. — 43 Seiten, kart. 0,90 RM.

Wer Sombarts Buch über den „Deutschen Sozialismus“ gelesen hat, der wird diesen erweiterten Sonderdruck begrüßen; wer es nicht kennt, der soll dieses billige Heft erwerben und aufmerksam studieren. Der Gewinn steht in gar keinem Verhältnis zu dem geldlichen Aufwand. Zum Verständnis der Vergangenheit und der neuen Zeit gibt es keine bessere Einführung.

K. F. Steinmetz.

**Megow, Dipl.-Kfm., Dr. Dr. Heinrich:** Die Körperschaftsbesteuerung öffentlicher Betriebe. Unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsprechung des Reichsfinanzhofes. — Berlin: Deutscher Betriebswirte-Verlag G.m.b.H. 1935. — 88 Seiten, kart. 6,— RM.

Der Verfasser, ein besonderer Kenner der Steuergesetzgebung, hat in dem vorliegenden Buche das wichtige Gebiet der Körperschaftsbesteuerung der öffentlichen Betriebe in sorgfältiger Weise dargestellt und dazu wohl lückenlos die Rechtsprechung des Reichsfinanzhofes herangezogen und verarbeitet. Der prak-

tische Gebrauch des Buches wird durch ein reichhaltiges Stichwortverzeichnis gewährleistet. F. K.

Rüchardt, E., München: Größe und Masse der Moleküle und Atome. — Berlin: VDI-Verlag G.m.b.H. 1936. — Heft 1, 8. Jahrgang der Abhandlungen und Berichte, Deutsches Museum. — Din A 5, 28 Seiten, 22 Abbildungen im Text, 2 Abbildungen in Farbenlichtbild, geh. 0,90 RM.

Die kleine Schrift will zeigen, wie man schon mit sehr bescheidenen Hilfsmitteln, auf möglichst unmittelbare Weise und durch höchst einfache Ueberlegungen zu der Ueberzeugung des atomistischen und molekularen Aufbaues der Materie gelangen und die Größe und Masse der materiellen Bausteine ermitteln kann. Es wird ferner klargemacht, daß die grundlegenden Gedankenvorgänge der Physik weder wirklichkeitsfremd noch schwierig, sondern oft recht einfach und naheliegend sind, auch auf einem anscheinend so schwer zugänglichen Gebiet wie dem des Atomismus der Materie. Die Darstellung ist durch sehr einfache Versuche erläutert.

Der Schriftenreihe des Deutschen Museums verdanken wir bereits eine größere Anzahl ausgezeichnete Abhandlungen aus den Gebieten der Naturwissenschaft und der Technik. Die Schrift von Rüchardt zählt zweifelsfrei zu den besten, und wir empfehlen ihre Anschaffung; ihr Studium ist bleibender Gewinn!

K. S. von Schweigen.

#### Zeitschriften:

Der Naturforscher, vereint mit Natur und Technik. — Bebilderte Monatsschrift für das gesamte Gebiet der Naturwissenschaften und ihre Anwendung in Naturschutz, Unterricht, Wirtschaft und Technik. — Berlin-Lichterfelde: Hugo Bermühler-Verlag. — Vierteljährlich 2,50 RM, Einzelheft 1,— RM.

Das vorliegende Juli-Heft 1936 (40 Seiten, 31 Abbildungen, 2 Bildtafeln) ist wiederum textlich und bildlich hervorragend ausgestaltet. Das schönste Bild, das auch die erste Umschlagseite ziert, zeigt uns einen in der Brandung badenden Elch. Diese einzigartige Aufnahme gehört zu einem Aufsatz von Martin Kakies, Memel, einem unserer besten Elchkenner, der in diesem Heft noch mehr seiner unvergleichlichen Natururkunden von seltener Schönheit aus dem Leben des Elches veröffentlicht und dazu ein überaus fesselndes Stimmungsbild von seinen Erlebnissen mit Elchen gibt. Professor Dr. Lange vom Institut Robert Koch in Berlin

behandelt die äußeren und inneren Entstehungsursachen der Tuberkulose, die etwa 40 vH. aller Menschen befällt, deren Bedingtheit durch Erblichkeitsverhältnisse und Umwelteinflüsse immer klarer wird und für deren Bekämpfung und Verhütung immer wirksamere Waffen gefunden werden. Der bekannte Rassenforscher Dr. L. F. Clauss, Buckow, legt auf Grund seiner Studien im Wüstenland und an Hand seiner ausgezeichneten Porträtaufnahmen die seelischen Unterschiede der Germanen und Ursemiten, der Leistungsmenschen und der Erlösungsmenschen, dar. Dr. Klein-Krautheim von der Forstakademie Gießen berichtet an Hand von Bildern von seinen Forschungen über die Nahrung der Feuerwanze. Drollige Aufnahmen von jungen Eisvögeln bringt Fritz Wenkel nebst seinen Beobachtungen über das Brutgeschäft der Eisvögel in Ostpreußen. D. Wattenberg, Berlin, schildert in einem allgemeinverständlichen Aufsatz die neueren Forschungen über den Bau des Weltalls und lüftet an Hand photographischer Himmelsaufnahmen und Zeichnungen das Rätsel der Spiralnebel und der Milchstraße. Der Direktor der Reichsstelle für Naturschutz in Berlin, Professor Dr. Walther Schoenichen, gibt maßgebende Erläuterungen zu der neuesten Naturschutzverordnung vom 18. 3. 1936, und zwar insbesondere über den Schutz von nicht-jagdbaren Säugetieren sowie von Kriechtieren, Lurchen und Insekten. Aus dem wissenschaftlichen Zentrallaboratorium der photographischen Abteilung der I. G. Farbenindustrie, Dessau, veröffentlicht Dr. Franz Weil eine Abhandlung über Farbenphotographie für Photoliebhaber, in der er neben dem Linsenrasterverfahren vor allem das Kornrasterverfahren empfiehlt und seine Anwendung an Hand von Bildern erläutert. Im Abschnitt Technik und Wirtschaft zeigt Direktor Lucas, Hennigsdorf, wie die Verwendung von Elektrofahrzeugen und deren volkswirtschaftliche Bedeutung immer mehr zunimmt und gibt in Bildern dazu einige Beispiele verschiedener Fahrzeugtypen. Auch die kleinen Beiträge aus allen Gebieten. Berichte über Forschungsergebnisse, eine Anregung zur Naturbeobachtung, und zwar diesmal zu erdgeschichtlichen Untersuchungen am Meeresstrand, sowie die Bücherschau, die Liste der Neuerscheinungen ist sehr beachtlich. —nm—

## Mitteilungen des Verbandes Deutscher Diplom-Ingenieure E. V.

**Mitgliedbeitrag 1936:** Rückständige Beiträge sind umgehend zu entrichten. Mitglieder, die ihren Beitrag in zwei Halbjahresraten entrichten, bitten wir um Ueberweisung der zweiten Rate 1936. — Nach wie vor sind alle Zahlungen auf das Postscheckkonto des VDDI, Amt Berlin, Nr. 7527 zu leisten (an Bezirksvereine nur nach besonderer Vereinbarung).

**BV Berlin:** Nächstes BV-Treffen am Donnerstag, den 6. August 1936, Hotel am Knie, 20½ h. Die Dienstag-Sprechstunden (18 bis 20 h) in der BV-Geschäftsstelle, Leibnizstraße 97, Charlottenburg, fallen im Monat August aus. In dringenden Fällen ist vorherige Vereinbarung notwendig (Fernruf des VDDI: G 3 1265). — Hinsichtlich der Beitragsentrichtung der Mitglieder bei SSW und SH siehe 4. Umschlagseite des Juni-Heftes von „Technik und Kultur“.

Verantwortlicher Schriftleiter: Dipl.-Ing. Karl Friedrich Steinmetz, Berlin-Lankwitz, Beethovenstr. 20 / Verantwortlich für den Anzeigenteil und die Beilagen: Gerhard Wichmann, Berlin / Durchschnittsaufgabe vom II. Vj. 1936: 3200 / Anzeigenpreis laut aufliegendem Tarif Nr. 1 / Verlag: Walter Krieg Verlag, Berlin W 35, Viktoriastr. 14, Postscheckkonto Berlin 125 68, Telephone: B 1 Kurfürst 1155, B 2 Lützow 4046/47 / Anschritt der Schriftleitung: Berlin-Lankwitz, Beethovenstr. 20, Fernruf G 3 Lichterfelde 1265 / Alle Rechte für sämtliche Beiträge einschließl. die der Uebersetzung vom Verlag vorbehalten / Nachdrucke aus dem Inhalt dieser Zeitschrift sind gestattet mit genauer Quellenangabe, unbeschadet der Rechte der Verfasser „Technik und Kultur“ erscheint am Ende eines jeden Monats / Preis des Einzelheftes 1,25 RM, vierteljährlich 3,50 RM / Diese Bezugspreise ermäßigen sich für das Ausland (mit Ausnahme der Schweiz, der Sowjetunion und Palästina) um 25 % / Bestellung bei jeder Buchhandlung, Postanstalt oder dem Verlag / Druck: Buchholz & Weißwange GmbH, Berlin-Charlottenburg.